

Internationales Zivilprozessrecht der Schweiz

Ein Lehrbuch

Bearbeitet von
Prof. Dr. Gerhard Walter, Tanja Domej

überarbeitet 2012. Taschenbuch. 647 S. Paperback
ISBN 978 3 8252 3624 3

Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands > Ausländisches Recht: Schweiz

Zu Inhaltsverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Gerhard Walter
Tanja Domej
Internationales
Zivilprozessrecht
der Schweiz

5. Auflage

Haupt

UTB



Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar

Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto

facultas.wuv · Wien

Wilhelm Fink · München

A. Francke Verlag · Tübingen und Basel

Haupt Verlag · Bern · Stuttgart · Wien

Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung · Bad Heilbrunn

Mohr Siebeck · Tübingen

Nomos Verlagsgesellschaft · Baden-Baden

Ernst Reinhardt Verlag · München · Basel

Ferdinand Schöningh · Paderborn · München · Wien · Zürich

Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart

UVK Verlagsgesellschaft · Konstanz, mit UVK/Lucius · München

Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen · Bristol

vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

Gerhard Walter
Tanja Domej

Internationales Zivil- prozessrecht der Schweiz

Ein Lehrbuch

5., neu überarbeitete Auflage

Haupt Verlag
Bern · Stuttgart · Wien

Gerhard Walter, geb. 1949, promovierte 1974 an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen mit einer Arbeit über das Recht der Treuhand. 1978 habilitierte er sich (nach einem Studienaufenthalt in Florenz) ebendort u.a. für die Fächer deutsches und ausländisches Prozessrecht. 1979 zum ordentlichen Professor an der Universität Konstanz (D) ernannt (mit Nebentätigkeit als Richter am dortigen Landgericht von 1983–1987), folgte 1987 der Wechsel an die Universität Bern, wo er als Direktor das von ihm gegründete Institut für Internationales Privat- und Verfahrensrecht leitete. Seit 2009 ist er emeritiert.

Tanja Domej, geb. 1977, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien, wo sie 2005 promoviert wurde. 2011 verlieh ihr die Universität Zürich aufgrund einer Habilitationsschrift über Probleme des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts die *Venia docendi* für die Fächer Zivilverfahrensrecht, Privatrecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung. Nach Lehrtätigkeiten an den Universitäten Halle-Wittenberg (Deutschland) und Uppsala (Schweden) ist sie seit Herbst 2011 Professorin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.

- 5. Auflage: 2012
- 4. Auflage: 2007
- 3. Auflage: 2002
- 2. Auflage: 1998
- 1. Auflage: 1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2012 © by Haupt Verlag, Berne.

Das Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagsgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

Satz: Verlag Die Werkstatt, Göttingen

Printed in Germany

UTB-Band-Nr.: 1851

ISBN 978-3-8252-3624-3

Vorwort zur fünften Auflage

«Das internationale Zivilprozessrecht ist ein rasant sich entwickelndes Rechtsgebiet – gerade auch in der Schweiz.» Mit diesen Worten hat der Erstautor das Vorwort zur 1. Auflage dieses Lehrbuchs 1995 eröffnet. Seither haben Judikatur und Literatur wie auch internationale Rechtstexte (vor allem der EU) geradezu exponentiell zugenommen: das rief nach einer zweiten Auflage schon drei Jahre später (1998), sodann nach einer dritten (2002) und einer vierten (2007).

Die Dynamik der Entwicklung hat sich in den letzten Jahren nicht verringert; im Gegenteil. Eine wichtige Neuerung – nämlich das inzwischen (2011) in Kraft getretene revidierte LugÜ von 2007 – konnte die vierte Auflage bereits berücksichtigen. In die vorliegende Neuauflage konnten schon recht umfangreiche praktische Erfahrungen mit dem neuen Recht (insbesondere auch in Gestalt der parallelen EuGVVO) einfließen. Der schweizerische Gesetzgeber war ebenfalls nicht untätig: Neben diversen Anpassungen im IPRG bleibt auch die Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts in der schweizerischen ZPO nicht ohne Auswirkungen auf Prozesse mit Auslandsbezug. All dem war bei der Vorbereitung der Neuauflage Rechnung zu tragen. Zudem bringt sie Ausblicke auf mögliche künftige Entwicklungen, namentlich im europäischen Kontext.

Wir haben zu danken: BLaw Matthis Peter, RA lic. iur. Céline P. Schmidt, lic. iur. Christian Stalder und ass. iur. Elena Ščepánková haben mit viel Einsatz und Kompetenz mitgeholfen, das umfangreiche Material zusammenzutragen und zu erfassen. Matthis Peter, Elena Ščepánková, Céline Schmidt sowie darüber hinaus Alda Zappia haben uns zudem bei der Fahnenkorrektur unterstützt. Dr. Christian Koller (Wien) hat uns einige wichtige Hinweise gegeben. Weiterhin gilt unser Dank zudem den früheren Assistenten von Gerhard Walter, die sich um die Vorauflagen verdient gemacht haben, allen voran Rechtsanwalt Dr. Fridolin Walther (Bern) und Prof. Dr. Samuel P. Baumgartner (University of Akron, Ohio, USA).

Wir hoffen, dass das Buch Interessierten aus dem In- und Ausland weiterhin als Wegweiser und Arbeitshilfe bei der Beschäftigung mit dem schweizerischen internationalen Zivilprozessrecht nützlich sein möge. Hinweise auf Fehler und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leserinnen und Leser sind stets willkommen; am einfachsten erreichen sie uns per E-Mail (tanja.domej@rwi.uzh.ch).

Muri bei Bern und Zürich, den 1. August 2012

Gerhard Walter, Tanja Domej

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
Materialien.	37
Abgekürzt zitierte Literatur	40
§ 1 Begriff, Rechtsquellen, Grundprinzipien des internationalen Zivilprozessrechts.	47
§ 2 Gerichtsbarkeit	63
§ 3 Allgemeines zur internationalen Zuständigkeit	91
§ 4 Die internationale Zuständigkeit nach IPRG.	117
§ 5 Internationale Zuständigkeit gemäss Lugano-Übereinkommen. . .	173
§ 6 Die Durchführung von Verfahren mit Auslandsberührung	319
§ 7 Die internationale Rechtshilfe.	357
§ 8 Allgemeines zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen	409
§ 9 Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen gemäss autonomem Recht (IPRG).	419
§ 10 Anerkennung und Vollstreckung gemäss Lugano-Übereinkommen	457
§ 11 Anerkennung der Wirkungen ausländischer Verfahren	523
§ 12 Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes im internationalen Rechtsverkehr (Arrest und einstweilige Verfügung)	547
§ 13 Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	575
Anhang: Ausgewählte elektronische Datenbanken und Rechtsquellen im Internet.	624
Stichwortverzeichnis	626

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Begriff, Rechtsquellen, Grundprinzipien des internationalen Zivilprozessrechts	47
I.	Begriff	47
1.	Einleitung, Beispiele.	47
a)	Einleitung.	47
b)	Beispiele.	48
2.	Abgrenzung zum internationalen Privatrecht (IPR).	52
3.	Entwicklungstendenzen im IZPR	54
a)	Regionalisierungstendenzen	55
b)	Internationalisierung des Prozessrechts	58
c)	Bedeutung für die Schweiz	59
II.	Rechtsquellen.	60
§ 2	Gerichtsbarkeit.	63
I.	Ausgangspunkt	63
II.	Immunität von Diplomaten	65
1.	Die verschiedenen Arten von Immunität	65
a)	Diplomatische Vertreter: unbeschränkte Immunität	65
b)	Ausnahmen von der unbeschränkten Immunität (Art. 31 Ziff. 1 lit. a–c WÜD)	67
c)	Beschränkte Immunität.	67
d)	Fehlende Immunität	68
2.	Wirkung der Immunität	68
III.	Immunität von Mitgliedern der konsularischen Vertretungen	70
IV.	Immunität ausländischer Staatsoberhäupter	71
V.	Immunität ausländischer Staaten	72
1.	Immunität im Erkenntnisverfahren	72
a)	Absolute Immunität	72
b)	Relative Immunität	73
c)	Qualifikationsfrage: <i>acta iure gestionis</i> oder <i>acta iure imperii</i> ?	73
d)	Typisierte Ausnahmen von der Immunität	77
2.	Immunität im Vollstreckungsverfahren	78

VI. Immunität ausländischer Staatsunternehmen und Staatsbanken	83
1. Ausländische Staatsunternehmen	83
2. Ausländische Staatsbanken	84
VII. Immunität internationaler Organisationen	85
VIII. Prozessuale Bedeutung der Immunität	86
1. Fehlende Immunität als Prozessvoraussetzung	86
2. Verzicht auf die Immunität	87
a) Verzicht auf Diplomaten-Immunität	87
b) Verzicht auf konsularische Immunität	88
c) Verzicht auf die Immunität eines Staates	88
d) Klage des Staates selbst	89
3. Beweislast	89
4. Rechtsmittelverfahren	89
§ 3 Allgemeines zur internationalen Zuständigkeit	91
I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	91
1. Allgemeines	91
2. Rechtspolitische Hintergründe	93
3. Internationale «Unordnung»	95
II. Erscheinungsformen der internationalen Zuständigkeit	97
1. Ausschliessliche und nicht ausschliessliche internationale Zuständigkeit	97
2. Direkte und indirekte Zuständigkeit	98
a) Direkte Zuständigkeit	99
b) Indirekte Zuständigkeit	99
c) Die Feststellung der indirekten Zuständigkeit	100
d) Inhaltliche Unterschiede zwischen direkter und indirekter Zuständigkeit	101
3. Konkurrierende internationale Zuständigkeit	102
a) Positiver Kompetenzkonflikt	102
b) Negativer Kompetenzkonflikt	112
III. Die Regelung der internationalen Zuständigkeit	114
§ 4 Die internationale Zuständigkeit nach IPRG	117
I. Gerichtsstand des Wohnsitzes	117
1. Allgemeines	117
2. Definition des Wohnsitzes (Art. 20 IPRG)	118

II. Gerichtsstand des Sitzes von juristischen Personen	120
III. Gerichtsstand der Mitgliedschaft	121
IV. Gerichtsstand des Arrestes	121
V. Gerichtsstandsvereinbarungen	123
1. Kollisionsrechtliche Beurteilung einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung	124
a) Allgemeines	124
b) Die differenzierende Lösung	127
2. Das Verhältnis von Prorogation und Derogation	132
3. Die «Auslandsbeziehung»	133
4. Formerfordernisse einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung	134
a) Form: Zulässigkeit oder Zustandekommen?	134
b) Einzelheiten zur Formfrage	135
5. Zulässigkeit einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung nach IPRG	136
a) Vermögensrechtliche Ansprüche	136
b) Bestimmtes Rechtsverhältnis	137
c) Bestimmtes Gericht.	137
6. Wirkungen der Gerichtsstandsvereinbarung nach IPRG	137
7. Wegfall einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung bei fehlgeschlagenen Erwartungen	138
VI. Gerichtsstand der rügelosen Einlassung	140
1. Bedeutung der rügelosen Einlassung	140
2. Anwendungsbereich	141
3. Der Begriff der «Einlassung»	141
4. Unterlassene Rechtsmitteleinlegung = Einlassung?	143
VII. Gerichtsstände des Sachzusammenhangs	144
1. Allgemeines	144
2. Gerichtsstand der Widerklage	145
3. Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	147
4. Gerichtsstand der Klagenhäufung	149
5. Gerichtsstand der Streitverkündungsklage	149
6. Gerichtsstand der Adhäsionsklage	150
VIII. Gerichtsstand der vorsorglichen Massnahmen	150
IX. Gerichtsstand in Ehe- und Partnerschaftssachen	151
1. Vorbemerkungen	151
2. Grundsatz	152
3. Besonderheiten im Eheverfahren	153

4. Eingetragene Partnerschaft	155
X. Gerichtsstand im Kindesrecht	156
1. Entstehung des Kindesverhältnisses	156
2. Wirkung des Kindesverhältnisses	157
XI. Erbrecht	158
XII. Sachenrecht	160
XIII. Intermediärverwahrte Wertpapiere	161
XIV. Immaterialgüterrecht	162
XV. Obligationenrecht	163
1. Verträge	163
a) Die «Erfüllung» einer vertraglichen Verpflichtung	164
b) Massgebliche Leistung	164
c) Massgebliches Recht für den Erfüllungsort.	165
d) Vereinbarung eines Erfüllungsortes	166
e) Besonderheiten für Klage eines Konsumenten oder aus Arbeitsvertrag.	167
2. Ungerechtfertigte Bereicherung	169
3. Unerlaubte Handlung	169
a) Anwendungsbereich.	169
b) Handlungs- bzw. Erfolgsort.	169
XVI. Gesellschaftsrecht	170

**§ 5 Internationale Zuständigkeit gemäss
Lugano-Übereinkommen 173**

A. Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Übereinkommens	173
I. Entstehungsgeschichte	173
II. Wesentlicher Inhalt	175
III. Weiterer Inhalt des Übereinkommens	176
B. Anwendungsbereich	177
I. Zivil- und Handelssachen: Auslegungsproblem	177
1. Allgemeine Bemerkungen	177
2. Begriff der Zivil- und Handelssachen.	179
a) Verwaltungsrechtliche Angelegenheiten	180
b) Amtspflichtverletzungen	182
c) Steuer- und Zollsachen	182
II. Ausgeschlossene Rechtsgebiete	183
1. Allgemeines	183

2.	Personenstand usw.	184
a)	Personenstand, Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie gesetzliche Vertretung natürlicher Personen	184
b)	Eheliche Güterstände	185
c)	Erbrecht, einschliesslich Testamentsrecht	186
d)	Entwicklungen in der EU.	186
3.	Insolvenzrechtliche Verfahren («Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren»).	188
a)	Definition der insolvenzrechtlichen Verfahren	188
b)	Bedeutung für die Schweiz	190
4.	Soziale Sicherheit.	191
5.	Schiedsgerichtsbarkeit	193
III.	Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich.	195
C.	Zuständigkeit.	197
I.	Allgemeine Vorschriften; Prinzip.	197
1.	Gesamtüberblick	197
2.	Überblick über die Grundregeln der direkten Zuständigkeit	199
a)	Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich der Zuständigkeitsvorschriften.	199
b)	Ausnahmen	203
c)	Die kreative Auslegung des Bundesgerichts	204
3.	Exorbitante Gerichtsstände («black list») (Art. 3 Abs. 2 i.V.m. Anhang I LugÜ).	204
II.	Besondere Zuständigkeiten.	206
1.	Art. 5 Nr. 1 LugÜ: Der Vertragsgerichtsstand (= Gerichtsstand des Erfüllungsortes)	206
a)	Der «Vertrag»	208
b)	Die massgebliche Verpflichtung.	213
c)	Das massgebliche Recht	217
d)	Sonderfall: Erfüllungsortvereinbarungen.	225
e)	Sonderfall: Nicht eingrenzbarer Erfüllungsort.	226
2.	Art. 5 Nr. 2 LugÜ: Gerichtsstand in Unterhaltssachen	226
a)	Unterhaltssachen	226
b)	Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt des Berechtigten.	227
c)	Unterhalt im Entscheidungsverbund	227
d)	Klage gegen den Unterhaltsberechtigten.	229
e)	Regressklagen	229

3.	Art. 5 Nr. 3 LugÜ: Der Deliktgerichtsstand	230
	a) Interpretation des Begriffs «unerlaubte Handlung»	231
	b) Sachlicher Anwendungsbereich	232
	c) Ort des schädigenden Ereignisses	234
	d) Persönlicher Anwendungsbereich	239
4.	Art. 5 Nr. 4 LugÜ: Gerichtsstand des Adhäsionsverfahrens	240
5.	Art. 5 Nr. 5 LugÜ: Gerichtsstand der Niederlassung	241
6.	Art. 5 Nr. 6 LugÜ: Trustrechtliche Klagen	242
7.	Art. 5 Nr. 7 LugÜ: Zahlung von Bergungslohn	242
8.	Gerichtsstände des Zusammenhangs (Art. 6 LugÜ)	243
	a) Art. 6 Nr. 1 LugÜ: Streitgenossenschaft	244
	b) Art. 6 Nr. 2 LugÜ: Gewährleistungsklagen	248
	c) Art. 6 Nr. 3 LugÜ: Gerichtsstand der Widerklage	251
	d) Art. 6 Nr. 4 LugÜ: Gerichtsstand für Immobilengeschäfte	253
9.	Zuständigkeit für Versicherungssachen (Artt. 8–14 LugÜ)	253
10.	Zuständigkeit für Verbrauchersachen (Artt. 15–17 LugÜ)	254
	a) Begriff der Verbrauchersache	255
	b) Vertragspartei ohne Wohnsitz in einem Vertragsstaat	260
11.	Zuständigkeit für individuelle Arbeitsverträge (Artt. 18–20 LugÜ)	261
	a) Klägergerichtsstand	261
	b) Verbot abweichender Gerichtsstandsvereinbarungen	262
	c) Wohnsitzfiktion	262
III.	Ausschliessliche Zuständigkeiten (Art. 22 LugÜ)	262
1.	Allgemeines/Bedeutung	262
	a) Begriff der ausschliesslichen Zuständigkeit	262
	b) Folgen des Art. 22 LugÜ	263
	c) Zweck der ausschliesslichen Gerichtsstände	263
2.	Gerichtsstand der belegenen Sache (Art. 22 Nr. 1 LugÜ)	264
	a) Begriffliches: Interpretation	265
	b) Dingliche Rechte als Klagegegenstand	265
	c) Interpretation des Begriffes «unbewegliche Sache»	267
	d) Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen als Klagegegenstand (Art. 22 Nr. 1 LugÜ)	267

e)	Spezialfall: Ferienwohnungen	268
f)	Spezialfall: Time-Sharing	271
g)	Spezialfall: Gläubigeranfechtungsklage	272
3.	Gerichtsstand für Gesellschaftssachen (Art. 22 Nr. 2 LugÜ)	274
a)	Begriff «Gesellschaft oder juristische Person»	274
b)	Beschränkung auf Klagen	274
c)	Streitgegenstand der Klage	274
4.	Gerichtsstand in Registersachen (Art. 22 Nr. 3 LugÜ)	276
5.	Gerichtsstand für gewerbliche Schutzrechte (Art. 22 Nr. 4 LugÜ)	277
a)	Erfasste Rechte	277
b)	Erfasste Klagearten	277
c)	Nicht erfasste Klagearten	277
d)	Einredeweise Geltendmachung	279
6.	Gerichtsstand für vollstreckungsbezogene Verfahren (Art. 22 Nr. 5 LugÜ)	280
a)	Durchsetzung von Nicht-Geldleistungsansprüchen	282
b)	Durchsetzung von Geldleistungsansprüchen	283
IV.	Vereinbarung über die Zuständigkeit (Art. 23 LugÜ)	286
1.	Allgemeines zu Gerichtsstandsvereinbarungen	286
2.	Der Anwendungsbereich von Art. 23 LugÜ	288
a)	Vereinbarungen zwischen Parteien mit Wohnsitz in Vertragsstaaten	288
b)	Prorogation zwischen Parteien mit Vertragsstaats- und Drittstaatswohnsitz	290
c)	Prorogation von Gerichten eines Vertragsstaats durch Parteien in Nichtvertragsstaaten	291
d)	Prorogation und Derogation	292
3.	Die Vereinbarung der Parteien	293
4.	Die Zulässigkeit der Vereinbarung	294
a)	Der Bestimmtheitsgrundsatz	294
b)	Ausgeschlossene Rechtsgebiete	296
5.	Die Form der Vereinbarung	297
a)	Schriftliche Vereinbarung	297
b)	Mündliche Vereinbarung mit schriftlicher Bestätigung (= «halbe Schriftlichkeit»)	299
c)	Vereinbarung nach Parteigepflogenheiten bzw. internationalen Handelsbräuchen	301

6.	Die Wirkungen der Gerichtsstandsvereinbarung	304
a)	Grundsatz: ausschliessliche Wirkung	304
b)	Bindung des prorogierten/derogierten Gerichts . . .	304
c)	«Hinkende» Gerichtsstandsklausel (Abs. 4 a.F.) . . .	305
V.	Rügellose Einlassung (Art. 24 LugÜ)	306
1.	Bedeutung	306
2.	Anwendungsbereich	307
3.	Verhältnis zum nationalen Prozessrecht	308
D.	Prüfung von Zuständigkeit und Zulässigkeit des Verfahrens (Artt. 25, 26 LugÜ)	311
I.	Begrenzte Amtsprüfung der internationalen Zuständigkeit	311
II.	Amtsprüfung der Zuständigkeiten des Art. 22 LugÜ bei Teilnahme des Beklagten	311
III.	Zuständigkeitsprüfung bei Nicht-Teilnahme des Beklagten (Art. 26 LugÜ)	313
1.	Voraussetzungen von Art. 26 Abs. 1 LugÜ	313
2.	Der Zweck von Art. 26 Abs. 1 LugÜ	313
IV.	Aussetzung des Verfahrens und Zustellungsnachweis . .	314
1.	Aussetzungspflicht nach Art. 26 Abs. 2 LugÜ	314
2.	Aussetzung nach Artikel 15 HZÜ (Art. 26 Abs. 3 LugÜ) .	317
a)	Grundsatz	317
b)	Vorbehalt nach Art. 15 Abs. 2 HZÜ	317
3.	Ausführung der Zustellung.	318

§ 6 Die Durchführung von Verfahren mit Auslandsberührung 319

I.	Das zivilprozessuale Fremdenrecht	319
1.	Die Parteifähigkeit von Ausländern	320
2.	Die Prozessfähigkeit von Ausländern	321
a)	Natürliche Personen	322
b)	Gesellschaften im Sinne von Art. 150 IPRG	323
3.	Postulationsfähigkeit und Prozessvollmacht	323
4.	Prozessstandschaft und Prozessführungsbefugnis	324
a)	Prozessstandschaft kraft Prozessrechts	325
b)	Prozessstandschaft kraft materiellen Rechts	325
5.	Unentgeltliche Rechtspflege	326
a)	Natürliche Personen	328

b)	Juristische Personen und Personenvereinigungen . . .	328
c)	Unentgeltliche Rechtspflege und ordre public	329
6.	Sicherheit für die Parteientschädigung	329
a)	Begriff und Bedeutung	329
b)	Befreiung aufgrund von Staatsverträgen	330
c)	Befreiung von der Sicherheitsleistung bei verbürgter Gegenseitigkeit?	331
d)	Prozesskostensicherheit = Justizverweigerung? . . .	333
II.	Die prozessuale Behandlung ausländischen Rechts	334
1.	Die Ermittlung ausländischen Rechts.	334
a)	Ausgangspunkt: Art. 16 IPRG	334
b)	Erkenntnismöglichkeiten des Gerichtes	337
c)	Beweislast hinsichtlich des ausländischen Rechtes? .	339
2.	Das ausländische Recht im Rechtsmittelverfahren vor Bundesgericht	342
a)	Die Bestimmung der richtigen Rechtsordnung	342
b)	Die richtige Anwendung des ausländischen Rechts	346
III.	Das Beweisrecht.	348
1.	Ausgangspunkt	348
2.	Beweisulässigkeit	348
a)	Zulässigkeit von Beweismitteln	348
b)	Die Qualifikation: Prozessrecht/materielles Recht . .	350
3.	Einzelne Beweismittel	354
a)	Zeugenbeweis	354
b)	Insbesondere: Zeugnisverweigerungsrechte	354
c)	Andere Beweismittel.	355
IV.	Ansprüche in fremden Währungen.	356
§ 7	Die internationale Rechtshilfe.	357
I.	Gegenstand und Begriff	357
II.	Völkerrechtliche Verpflichtung zur Leistung internationaler Rechtshilfe?	363
III.	Rechtsquellen der internationalen Rechtshilfe.	364
1.	Internationale Rechtshilfe aufgrund autonomen Rechts .	364
a)	Rechtsgrundlagen.	364
b)	Beispiele für Rechtshilfehandlungen nach autonem Recht	366
2.	Rechtshilfe auf staatsvertraglicher Grundlage	368

a)	Anwendungsbereich: Zivil- und Handelssachen . . .	369
b)	Verhältnis der Übereinkommen untereinander	370
IV.	Haager Übereinkommen über den Zivilprozess vom 1. März 1954 (HZPÜ)	372
1.	Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke	372
a)	Allgemeines	372
b)	Zustellungsbegehren.	372
c)	Durchführung der Zustellung	376
d)	Ablehnung der Durchführung der Zustellung	377
e)	Wirkungen der Zustellung.	381
f)	Nachweis der Zustellung	383
g)	Heilung mangelhafter Zustellungen?	383
2.	Rechtshilfeersuchen.	384
a)	Gegenstand der Rechtshilfe	384
b)	Das Ersuchungsschreiben und dessen Übermittlung.	385
c)	Durchführung des Ersuchens.	385
3.	Sicherheitsleistung für Prozesskosten/unentgeltliche Rechtspflege	389
V.	Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 (HZÜ)	389
1.	Zustellungsersuchen	389
a)	Übermittlung	389
b)	Musterformular	391
2.	Durchführung der Zustellung	392
a)	Allgemeines	392
b)	Form der Zustellung	393
c)	Zustellungszeugnis	394
d)	Verweigerung der Zustellung	394
e)	Schutz des Beklagten: Säumnisverfahren und Wiedereinsetzung	395
VI.	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen von 1970 (HBÜ)	398
1.	Das Rechtshilfeersuchen	398
2.	Vornahme der Beweisaufnahme.	399
3.	Beweisaufnahme durch diplomatische oder konsularische Vertreter und durch Beauftragte	401
a)	Eigene Staatsangehörige.	401

b)	Fremde Staatsangehörige	401
c)	Der «commissioner» (= Beauftragter)	402
d)	Durchführung der Beweisaufnahme	403
4.	«Pre-trial-discovery of documents»	404
a)	Einleitung	404
b)	Art. 23 HBÜ	405
c)	Der Vorbehalt der Schweiz	406
VII.	Haager Übereinkommen über den internationalen Zugang zur Rechtspflege von 1980 (HÜ80)	407
§ 8	Allgemeines zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen	409
I.	Allgemeine Überlegungen	409
1.	Ausgangspunkt	409
2.	Die Kompetenzlage in der Schweiz	410
3.	Verhältnis von Anerkennung und Vollstreckung	412
II.	Die Wirkungen von Anerkennung und Vollstreckung	413
1.	Allgemeines	413
2.	Einzelne anzuerkennende Urteilswirkungen	416
a)	Rechtskraft	416
b)	Gestaltungswirkung	417
c)	Streitverkündungs- und Interventionswirkung	417
d)	Tatbestandswirkung?	418
§ 9	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen gemäss autonem Recht (IPRG)	419
I.	Erfordernisse der Anerkennung allgemein	419
1.	Entscheidung eines staatlichen Gerichts (oder einer staatlichen Behörde)	419
2.	Geltungsbereich: «Entscheidung»	419
a)	Vergleiche (Art. 30 IPRG)	420
b)	Urkunden der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Art. 31 IPRG)	420
c)	Anerkennung einstweiliger Verfügungen?	421
d)	Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets?	422

3.	Die Vollstreckbarerklärung	423
II.	Die Voraussetzungen der Anerkennung im Einzelnen . .	424
1.	Die Zuständigkeit der ausländischen Behörden (Artt. 25 lit. und 26 IPRG)	424
a)	Die allgemeine Regel (Art. 26 lit. a IPRG)	425
b)	Gerichtsstand der Prorogation (Art. 26 lit. b IPRG)	427
c)	Gerichtsstand der rügelosen Einlassung (Art. 26 lit. c IPRG)	428
d)	Zuständigkeit bei Widerklage (Art. 26 lit. d IPRG). .	428
2.	Die Rechtskraft bzw. Endgültigkeit der Entscheidung (Art. 25 lit. b IPRG)	428
a)	Formelle Rechtskraft (Unanfechtbarkeit): kein ordentliches Rechtsmittel.	428
b)	«Endgültigkeit» der Entscheidung	429
3.	Das Fehlen von Verweigerungsgründen (Artt. 25 lit. c und 27 IPRG)	430
a)	Die Verletzung des materiellen ordre public (Art. 27 Abs. 1 IPRG)	431
b)	Verfahrensrechtlicher ordre public	436
c)	Kollision mehrerer Entscheidungen (Art. 27 Abs. 2 lit. c IPRG)	442
III.	Das Verfahren bei Anerkennung bzw. Vollstreckbarerklärung	443
1.	Vorbemerkung	443
2.	Das Verfahren der Anerkennung einer Entscheidung. . .	445
a)	Normalfall: Art. 29 Abs. 3 IPRG (Formlosigkeit der Anerkennung)	445
b)	Ausnahmefall: Anerkennungsfeststellungs- verfahren	447
c)	Verfahrensbesonderheiten	449
3.	Das Verfahren bei der Vollstreckung von Geldforderungen	452
a)	Entscheidung eines Gerichtes eines Vertragsstaates.	452
b)	Entscheidung eines Gerichtes eines Nichtvertragsstaates	454
4.	Vollstreckung eines Leistungsurteils, das nicht auf Geld gerichtet ist.	455

§ 10	Anerkennung und Vollstreckung gemäss Lugano-Übereinkommen	457
I.	Vorbemerkung: Das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem des Lugano-Übereinkommens	457
1.	Ausgangspunkt	457
2.	Anwendungsbereich	457
3.	Verhältnis zu anderen Übereinkommen	459
4.	Verhältnis zum autonomen Recht (IPRG)	460
a)	Vorrang des LugÜ in seinem Anwendungsbereich	460
b)	Sicherung des Vorrangs	460
c)	Meistbegünstigung?	461
II.	Anerkennungsfähige Entscheidungen (Art. 32 LugÜ)	461
1.	Endentscheidungen	462
a)	Begriff der Entscheidung	462
b)	Entscheidung in einer Zivil- oder Handelssache	464
c)	Exequaturentscheidungen in Bezug auf Drittstaatenentscheidungen?	464
2.	Insbesondere: Kostenfestsetzungen, Nebenentscheidungen	465
3.	Nicht rechtskräftige Entscheidungen	465
4.	Entscheidungen des einstweiligen Rechtsschutzes	466
5.	Zwischenentscheidungen im gerichtlichen Verfahren	468
6.	Öffentliche Urkunden und Prozessvergleiche	470
III.	Die Anerkennung	472
1.	Anerkennung ipso iure (Art. 33 Abs. 1 und 3 LugÜ)	472
2.	Inzidentanerkennung	473
3.	Selbständiges Anerkennungsverfahren (Art. 33 Abs. 2 LugÜ)	474
a)	Zweck des Verfahrens	474
b)	Positiver Feststellungsantrag	475
c)	Feststellungsverfahren	476
IV.	Anerkennungsverweigerungsgründe (Artt. 34, 35 LugÜ)	477
1.	Grundregel: keine Nachprüfung der internationalen Zuständigkeit des Erstgerichts	477
2.	Kontrolle der internationalen Zuständigkeit in Ausnahmefällen	479
a)	Versicherungssachen (3. Abschnitt des Titels II)	480
b)	Verbrauchersachen (4. Abschnitt des Titels II)	480

c)	Ausschliessliche Zuständigkeit nach Artikel 22 LugÜ (6. Abschnitt des Titels II)	481
d)	Ausschluss exorbitanter Zuständigkeiten gegenüber Drittstaaten (Art. 68 LugÜ).	482
e)	Divergenz Brüssel–Lugano (Art. 64 Abs. 3 LugÜ) . .	483
f)	Übereinkommen für besondere Rechtsgebiete (Art. 67 Abs. 4 LugÜ) und EU-Rechtsakte (Protokoll 3)	484
g)	Übergangsfälle	485
h)	Der Vorbehalt der Schweiz in Art. IV des Protokolls 1 zum LugÜ	486
i)	Der schweizerische Anerkennungsvorbehalt in Art. Ia des Protokolls Nr. 1 zum LugÜ 1988	486
j)	Bindung an tatsächliche Feststellungen des Erstgerichts (Art. 35 Abs. 2 LugÜ)	487
3.	«Sachliche» Anerkennungsverweigerungsgründe?	488
a)	Verbot der révision au fond.	488
b)	Umfang des Verbots	488
4.	Die Anerkennungsversagungsgründe nach Art. 34 LugÜ	489
a)	Der ordre-public-Verstoss (nach Art. 34 Nr. 1 LugÜ) .	489
b)	Nichteinlassung des Beklagten (Art. 34 Nr. 2 LugÜ) .	492
c)	Kollision unvereinbarer Entscheidungen (Art. 34 Nr. 3 und 4 LugÜ)	499
V.	Verfahren bei der Anerkennung	502
1.	Allgemeines	502
2.	Aussetzungsbefugnis zur Vermeidung widersprüchlicher Entscheidungen (Art. 37 LugÜ).	502
a)	Anwendungsbereich.	503
b)	Ordentlicher Rechtsbehelf als Voraussetzung	503
VI.	Die Vollstreckbarerklärung nach dem System von «Brüssel» und «Lugano» (Überblick)	504
1.	Ausgangspunkt: Art. 38 LugÜ	504
2.	Einseitiges Antragsverfahren	505
3.	Überprüfungsphase	506
4.	Sicherungsvollstreckung.	508
5.	Vollstreckung nicht rechtskräftiger Entscheidungen. . . .	509
VII.	Auswirkungen des LugÜ auf das Schweizer Vollstreckungssystem	511
1.	Unvereinbarkeit des Rechtsöffnungsverfahrens mit den Vorgaben des LugÜ für das Exequaturverfahren	511

2.	Versuche zur Harmonisierung der beiden Vollstreckungssysteme	512
a)	Rechtsöffnungsverfahren als Exequaturverfahren	512
b)	Spezielles Exequaturverfahren	513
c)	Wahlmöglichkeit des Gläubigers?	514
3.	Ein doppeltes Exequatur?	515
VIII.	Sicherungsmassnahmen nach Art. 47 LugÜ	517
1.	Einleitung	517
2.	Arrestlegung nach Art. 271 Abs. 1 Ziff. 6 SchKG nach bzw. gemeinsam mit der Vollstreckbarerklärung	518
3.	Arrestlegung vor Vollstreckbarerklärung	520

§ 11 Anerkennung der Wirkungen ausländischer Verfahren 523

I. Internationale Rechtshängigkeit 523

II. Die Beachtung internationaler Rechtshängigkeit gemäss IPRG 524

1.	Eadem res inter eadem partes	524
2.	Frühere Rechtshängigkeit im Ausland	525
a)	Rechtshängigkeit in der Schweiz	526
b)	Rechtshängigkeit im Ausland	527
c)	Manipulationsmöglichkeiten	527
3.	Die «materiellen» Voraussetzungen der Rechtshängigkeitssperre	529
d)	Anerkennungsprognose	529
e)	Fristprognose	529
4.	Die Folgen der Rechtshängigkeitssperre	530

III. Die Beachtung internationaler Rechtshängigkeit nach dem LugÜ 532

1.	Unterschied in der Rechtsfolge	532
2.	Unterschiede in den Voraussetzungen	533
a)	Keine Anerkennungsprognose	533
b)	Keine Überprüfung der Verfahrensdauer	533
3.	Die Bestimmung des Streitgegenstandes gemäss Art. 27 LugÜ	534
a)	Die «Kernpunkttheorie»	534
b)	«Torpedoklagen»	538
4.	Bestimmung des «zuerst angerufenen Gerichts»	539

a)	Allgemeines	539
b)	Folgen für das Schweizer Recht.	540
IV.	Internationale Konnexität	542
1.	Ausgangspunkt	542
2.	Der sachliche Zusammenhang	543
3.	Die verfahrensrechtliche Behandlung der Konnexität.	544
a)	Aussetzung des späteren Verfahrens (Abs. 1)	544
b)	Rückweisung der späteren Klage (Abs. 2)	544
V.	Unterbrechung der Verjährung durch ausländische Klageerhebung	545
§ 12	Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes im internationalen Rechtsverkehr (Arrest und einstweilige Verfügung)	547
I.	Gerichtsbarkeit	547
II.	Internationale Zuständigkeit	547
1.	Zuständigkeit des Hauptsachegerichts	547
2.	Zuständigkeit bei fehlender Hauptsachezuständigkeit	548
a)	Art. 10 lit. b IPRG	548
b)	Art. 31 LugÜ	549
3.	Insbesondere: der Arrest	553
4.	Der ausländische Wohnsitz als Arrestgrund.	556
III.	Die Durchführung von Verfahren mit Auslandsberührung	559
1.	Ausländersicherheit	559
2.	Weitere Voraussetzungen.	560
3.	Nachweis ausländischen Rechtes	560
a)	Glaubhaftmachung auf für Rechtssätze?	560
b)	Konsequenz für einstweiligen Rechtsschutz	561
4.	Besonderheiten für das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	562
IV.	Internationale Rechtshilfe	563
1.	Zustellung einer strafbewehrten Unterlassungsverfügung	563
2.	Zustellung eines Arrestbefehls	564
V.	Anderweitige Rechtshängigkeit	564
VI.	Internationale Anerkennung und Vollstreckung von Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes	565

1.	Ausländische Entscheidung in der Schweiz	565
a)	Gemäss IPRG	565
b)	Gemäss Lugano-Übereinkommen	566
c)	Gemäss anderen Staatsverträgen.	572
2.	Schweizer Entscheidung im Ausland.	573
a)	Gemäss Lugano-Übereinkommen und anderen Staatsverträgen	573
b)	Gemäss autonomem ausländischem Recht.	573
VII.	Eilverfahren und Schiedsvereinbarung	573
§ 13	Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	575
I.	Allgemeines	575
1.	Gründe für den Abschluss einer internationalen Schiedsvereinbarung	575
a)	Begriff und Bedeutung von Schiedsgerichtsbarkeit	575
b)	Gründe für eine Schiedsvereinbarung	576
2.	Arten internationaler Schiedsgerichte	580
a)	Ad-hoc Schiedsgerichte	580
b)	Institutionelle Schiedsgerichte	580
3.	Rechtsquellen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	581
a)	Staatsverträge	581
b)	Bundesrecht	582
c)	Internationale Rechtsangleichung	582
II.	Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nach IPRG	583
1.	Der Anwendungsbereich des IPRG	583
2.	Die Schiedsfähigkeit	585
a)	Die objektive Schiedsfähigkeit.	585
b)	Die subjektive Schiedsfähigkeit	586
3.	Die Schiedsvereinbarung	586
a)	Begriffe: Schiedsvertrag/Schiedsklausel	588
b)	Zustandekommen, Zulässigkeit, Wirkung.	589
c)	Die Formfrage	591
4.	Das auf das Schiedsverfahren anwendbare Recht	591
5.	Das anwendbare materielle Recht.	592
6.	Bestellung des Schiedsgerichts	593
7.	Die Ablehnung des Schiedsgerichts	593
a)	Ablehnungsgründe	594
b)	Das Verfahren der Schiedsrichterablehnung.	595

8.	Die Durchführung des Schiedsverfahrens	596
	a) Die Durchführung der Beweisaufnahme.	596
	b) Weitere Mitwirkung des staatlichen Richters	597
	c) Vorsorgliche und sichernde Massnahmen	598
9.	Die Rechtsbehelfe gegen einen Schiedsentscheid	598
	a) Beschwerdegründe	600
	b) Verzicht auf Rechtsmittel	604
10.	Vollstreckbarkeitsbescheinigung	606
III.	Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.	607
1.	Nationalität des Schiedsspruchs	607
2.	Rechtsquelle	608
3.	Verfahren	608
	a) Anerkennung eines Schiedsspruchs	608
	b) Vollstreckbarerklärung eines Schiedsspruchs	608
4.	Die Anerkennungsversagungsgründe gemäss Art. V NYÜ	609
	a) Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung	610
	b) Verletzung des rechtlichen Gehörs	610
	c) Überschreitung der Schiedsvereinbarung	613
	d) Verletzung der Vorschriften über die Bildung des Schiedsgerichts oder das schiedsgerichtliche Verfahren.	614
	e) Nichtverbindlichkeit und Aufhebung des Schiedsspruchs	615
	f) Fehlende Schiedsfähigkeit des Streitgegenstands	619
	g) Verstoss gegen die öffentliche Ordnung des Vollstreckungsstaates	620

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Auffassung
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
a.M.	anderer Meinung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
aBV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (aufgehoben)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
aGestG	Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen (Gerichtsstandsgesetz) vom 24. März 2000 (AS 2000 S. 2355, aufgehoben)
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
aOG	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Rechtspflege (aSR 173.110, aufgehoben)
ArbG	Arbeitsgericht
Art./Artt.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
ASA Bull.	Bulletin der Association Suisse de l'Arbitrage
Aufl.	Auflage
AVAG	(deutsches) Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen und Abkommen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen
Az.	Aktenzeichen
BAföG	(deutsches) Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz)
BAG	Bernische Allgemeine Gesetzessammlung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAJ	Bundesamt für Justiz
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BEG	Bundesgesetz über Bucheffekten vom 3. Oktober 2008 (SR 957.1)

Abkürzungsverzeichnis

BEHG	Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz, SR 954.1)
betr.	betreffend
BezG	Bezirksgericht
BGB	(deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42)
BGBI	(Deutsches) Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BGFA	Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz, SR 935.61)
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (SR 173.110)
BGH	(Deutscher) Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des (deutschen) Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BISchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs
BND	(Deutscher) Bundesnachrichtendienst
BSG	Bernische Systematische Gesetzessammlung
bspw.	beispielsweise
BStGer	Bundesstrafgericht
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. Dezember 1998 (SR 101)
BVerfG	(Deutsches) Bundesverfassungsgericht
BVerwG	(Deutsches) Bundesverwaltungsgericht
BZP	Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947 über den Bundeszivilprozess (SR 273)
bzw.	beziehungsweise
c.	contre (gegen)
CA	Court of Appeal
CD	Corps diplomatique
CERN	Organisation Européenne pour la Recherche Nucléaire, vormals Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire
CHF	Schweizer Franken
CISG	Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (SR 0.221.211.1)
CMR	Genfer Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Strassengüterverkehr (SR 0.741.611)
CPC	Codice di procedura civile
CPLR	Civil Practice Law and Rules
DACH	Europäische Anwaltsvereinigung
DEM	Deutsche Mark

ders.	derselbe
d.h.	das heisst
dies.	dieselbe
DZPO	(deutsche) Zivilprozessordnung vom 30. Januar 1877 (BGBl. I S. 3202)
E	Entwurf
E.	Erwägung
e.V.	eingetragener Verein
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (European Free Trade Association)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	(Deutsches) Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGBl. I S. 2494)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG ZSJ BE	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (Bern)
Einl.	Einleitung
ELR	European Law Review
ESA	Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität vom 16. Mai 1972 (SR 0.273.1)
EU	Europäische Union
EuEheVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 (ABl. 2003 L 338/1)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVÜ	(Europäisches) Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 («Brüsseler Übereinkommen»)
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen («Brüssel I-Verordnung»)
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Insolvenzverfahren
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZ	Zeitschrift für Europarecht (Zürich)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht

Abkürzungsverzeichnis

FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (BGBl. I S. 2586)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
fIABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch des Fürstentums Liechtenstein
Fn.	Fussnote
FRCP	(US-amerikanische) Federal Rules of Civil Procedure
FRF	Französischer Franc
FS	Festschrift
FSIA	Foreign Sovereign Immunities Act
FusG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, SR 221.301)
FZR	Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
gl.M.	gleicher Meinung
GOG ZH	Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010 (LS 211.1)
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GSG	Bundesgesetz über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge (Gaststaatgesetz, SR 192.12)
aGVG ZH	Gerichtsverfassungsgesetz des Kantons Zürich vom 13. Juni 1976 (LS 211.1, aufgehoben)
GVP NW	Nidwaldner Gerichts- und Verwaltungspraxis
GVP SG	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis
HBÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 18. März 1970 (SR 0.274.132)
HGB	(deutsches) Handelsgesetzbuch
HGer	Handelsgericht
HKsÜ	(Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Massnahmen zum Schutz von Kindern (Haager Kindesschutzübereinkommen, SR 0.211.231.011)
h.M.	herrschende Meinung
HRegV	Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (SR 221.411)
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
HTÜ	Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung, abgeschlossen am 1. Juli 1985 in Den Haag (SR 0.221.371)

HÜ80	Haager Übereinkommen über den internationalen Zugang zur Rechtspflege, abgeschlossen am 25. Oktober 1980 in Den Haag (SR 0.274.133)
HWpÜ	Haager Wertpapierübereinkommen vom 5. Juli 2006 (SR 291, Anhang II)
HZPÜ	Haager Übereinkommen betreffend Zivilprozessrecht, abgeschlossen am 1. März 1954 in Den Haag (SR 0.274.12)
HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen, abgeschlossen am 15. November 1965 in Den Haag (SR 0.274.131)
i.S.	im Sinne, in Sachen
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
i.d.R	in der Regel
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR 291)
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
JAR	Jahrbuch des Schweizerischen Arbeitsrechts
JBl	Juristische Blätter
JdT	Journal des Tribunaux
JN	(Österreichische) Jurisdiktionsnorm, Gesetz vom 1. August 1895 über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtssachen
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KG TG	Kulturgütertransfergesetz vom 20. Juni 2003 (SR 444.1)
Kt.	Kanton
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht; früher: Konkurs-, Treuhand und Schiedsgerichtswesen
LAG	Landesarbeitsgericht
leg. cit.	legis citatae (des zitierten Gesetzes/der zitierten Bestimmung)
LG	Landgericht
lit.	litera
LS	Leitsatz, Loseblattsammlung ZH
LugÜ	Übereinkommen vom 30. Oktober 2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen, SR 0.275.12)

Abkürzungsverzeichnis

LugÜ 1988	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, abgeschlossen am 16. September 1988 in Lugano (alte Fassung, aSR 0.275.11)
m.	mit
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MIZV	Mitteilungen aus dem Institut für zivilgerichtliches Verfahren in Zürich
N	Note
N.C.P.C.	(französischer) Nouveau Code de Procédure Civile
n.F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
NYÜ	New Yorker Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (SR 0.277.12)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OGer	Obergericht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	(deutsches) Oberlandesgericht
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (5. Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
OVG	Oberverwaltungsgericht
ÖZPO	Österreichische Zivilprozessordnung
PatG	Bundesgesetz über die Erfindungspatente vom 25. Juni 1954 (SR 232.14)
PatGG	Bundesgesetz vom 20. März 2009 über das Bundespatentgericht (Patentgerichtsgesetz, SR 173.41)
PHV	Verordnung über die Einreise-, Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen der privaten Hausangestellten von Personen, die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen geniessen (Verordnung über die privaten Hausangestellten, SR 192.126)
plädoyer	plädoyer, Das Magazin für Recht und Politik
Pra	Die Praxis
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
recht	recht, Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis
resp.	respektive
RICO	Racketeer Influenced Corrupt Organizations Act
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft

RPflG	(deutsches) Rechtspflegergesetz vom 5. November 1969 (BGBl. I S. 2065)
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	(deutsches) Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718)
Rz.	Randziffer
s.	siehe
S.	Satz, Seite
s.a.	Siehe auch
SAV	Schweizerischer Anwaltsverband
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1)
Semjud	La Semaine judiciaire
SGIR	St. Galler Studien zum internationalen Recht
SJK	Schweizerische Juristische Kartothek
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
SNB	Schweizerische Nationalbank
sog.	sogenannte/-r/-s
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SSIR	Schweizer Studien zum internationalen Recht
ST	Der Schweizer Treuhänder
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
SVG	Bundesgesetz über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
SZZP	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozessrecht
TRIPS	Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum vom 15.4.1994 (SR 0.632.20, Anhang 1C)
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
UKHL	United Kingdom House of Lords
UNHCR	Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USD	US-Dollar
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen

Abkürzungsverzeichnis

UWG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (SR 241)
v.	versus (gegen)
V-GSG	Verordnung zum Bundesgesetz über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge (Gaststaatverordnung, SR 192.121)
VBPV-EDA	Verordnung des EDA zur Bundespersonalverordnung vom 20. September 2002 (SR 172.220.111.343.3)
Vo.	Verordnung
Voraufl.	Vorauflage
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
v./vs.	versus
VSIR	Veröffentlichungen des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung
VVG	Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz) (SR 221.229.1)
W.L.R.	Weekly Law Reports
W/JG/Sch	WALTER/JAMETTI GREINER/SCHWANDER: Internationales Privat- und Verfahrensrecht, Texte und Erläuterungen, Bern 1993 ff., mit 12. Ergänzungslieferung (Stand 1. Januar 2007)
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 (SR 0.191.01)
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 (SR 0.191.02)
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
ZIK	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung (ohne weiteren Beisatz: schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008, SR 272; die ehemaligen kantonalen Zivilprozessordnungen werden als aZPO mit Kürzel des jeweiligen Kantons zitiert; ohne weiteren Beisatz ist jeweils die Letztfassung gemeint)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung

ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZStV	Zivilstandsverordnung vom 1. Juni 1953 (SR 211.112.1)
ZSZV	Zürcher Studien zum Verfahrensrecht
zust.	zustimmend
ZVW	Zeitschrift für Vormundschaftswesen
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International, Jahrbuch des Internationalen Zivilprozessrechts
ZZW	Zeitschrift für Zivilstandswesen
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht

Materialien

Bericht von Paul Jenard zu dem Übereinkommen über den Beitritt zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968, ABl. Nr. C 59 vom 5. März 1979, S. 1 ff. (zit.: **Bericht Jenard**).

Bericht von Peter Schlosser zu dem Übereinkommen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland über den Beitritt zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof vom 9. Oktober 1978, ABl. Nr. C 59 vom 5. März 1979, S. 71 ff. (zit.: **Bericht Schlosser**).

Bericht von Paul Jenard und Gustaf Möller zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, geschlossen in Lugano am 16. September 1988, ABl. Nr. C 189 vom 28. Juli 1990, S. 57 ff. (zit.: **Bericht Jenard/Möller**).

Botschaft betreffend das Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 21. Februar 1990, BBl 1990 II, S. 265 ff. (zit.: **Botschaft LugÜ 1988**).

Erläuterungen des Bundesamtes für Justiz vom 18. Oktober 1991 zur Geldvollstreckung im Hinblick auf das Inkrafttreten des Lugano-Übereinkommens am 1. Januar 1992, BBl 1991 IV, S. 313 ff. (zit.: **Erläuterungen BAJ**).

Bericht vom 28. Mai/8. Juli 1993 der Expertengruppe für die Prüfung der Anpassungsbedürftigkeit der Revisionsvorlage SchKG an das LugÜ (zit.: **Bericht Expertengruppe**).

Botschaft zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des revidierten Übereinkommens von Lugano über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 18. Februar 2009, BBl 2008, S. 1777 ff. (zit.: **Botschaft LugÜ 2007**).

Bericht von Fausto Pocar zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, unterzeichnet am 30. Oktober 2007 in Lugano, ABl. Nr. C 319 vom 23. Dezember 2009, S. 1 ff. (zit.: **Bericht POCAR**).

Materialien

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), KOM(2010) 748 endg. (zit.: **KomE revEuGVVO**).

Vorschlag für eine Kompromissfassung betr. die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung); Ratsdokument vom 1. Juni 2012, 10609/12 ADD 1 (zit.: **RatsE revEuGVVO**).

Schlussbericht der Expertenkommission zum Gesetzesentwurf «Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz)», SSIR, Band 13, Zürich 1979 (zit.: **Schlussbericht IPRG**).

Vorentwurf der Expertenkommission zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht, abgedruckt in: Schlussbericht IPRG, S. 311 ff. (zit.: **VE IPRG**).

Botschaft zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz) vom 10. November 1982, BBl 1983 I, S. 263 ff. (zit.: **Botschaft IPRG**).

Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) vom 8. Mai 1991, BBl 1991 III, S. 1 ff. (zit.: **Botschaft SchKG**).

Botschaft betreffend die Genehmigung von vier Übereinkommen im Bereich der internationalen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen vom 8. September 1993, BBl 1993 III, S. 1261 ff. (zit.: **Botschaft Rechtshilfe**).

Botschaft zum Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen (Gerichtsstandsgesetz, GestG) vom 18. November 1998, BBl 1999 III, S. 2831 ff. (zit.: **Botschaft GestG**).

Botschaft zur Totalrevision der Bundesrechtspflege vom 28. Februar 2001, BBl 2001, S. 4202 ff. (zit.: **Botschaft BGG**).

Botschaft über die UNESCO-Konvention 1970 und das Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (KGTG) vom 21. November 2001, BBl 2002, S. 535 ff. (zit.: Botschaft KGTG).

Botschaft zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 29. November 2002, BBl 2003, S. 1288 ff. (zit.: **Botschaft PartG**).

Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Haager Übereinkommens über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung vom 2. Dezember 2005, BBl. 2006, S. 556 ff. (zit.: **Botschaft HTÜ**).

Botschaft zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) vom 28. Juni 2006, BBl 2006, S. 7221 ff. (zit.: **Botschaft ZPO**).

Botschaft zum Bundesgesetz über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge vom 13. September 2006, BBl 2006, S. 8017 ff. (zit.: Botschaft Gaststaatgesetz).

Botschaft zum Bucheffektengesetz sowie zum Haager Wertpapierübereinkommen vom 15. November 2006, BBl 2006, S. 9315 ff. (zit.: **Botschaft BEG/HWpÜ**).

Botschaft über die Genehmigung und die Umsetzung des UNO-Übereinkommens über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit vom 25. Februar 2009, BBl 2009, S. 1721 ff. (zit.: Botschaft UNO-Übereinkommen Immunität).

Die Internationale Rechtshilfe in Zivilsachen, Wegleitung, Bundesamt für Justiz, Sektion Internationale Rechtshilfe, 3. Auflage, Bern 2003 (Stand Juli 2005) (zit.: **Wegleitung**). Der Rechtshilfeführer findet sich unter der Adresse <http://www.rhf.admin.ch>.

Praktischer Führer zur internationalen Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, Bundesamt für Polizeiwesen, Sektion Internationale Rechtshilfe, 6. Auflage, Bern 2000.

Abgekürzt zitierte Literatur

Die nachfolgenden Werke werden mit dem Namen des Verfassers oder der Verfasser und dem Kurztitel in Klammern oder in Fettdruck zitiert. Weitere Literaturhinweise finden sich im Text.

ACOCELLA, Domenico: Internationale Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivilsachen im schweizerisch-italienischen **Rechtsverkehr**, SGIR, Band 1, St. Gallen 1989.

ADOLPHSEN, JENS: **Europäisches Zivilverfahrensrecht**, Berlin/Heidelberg 2011.

ATTESLANDER-DÜRRENMATT, Agnes H.: Der **Prozessvergleich** im internationalen Verhältnis, Tübingen 2006.

AUDÉTAT, Thomas: Die internationale **Forderungspfändung** nach schweizerischem Recht, Diss. Bern 2007.

BAKER & MCKENZIE (Hrsg.): Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO), Handkommentar, Bern 2010 (zit.: Baker & McKenzie-BEARBEITER).

BAUMGARTNER, Samuel: The Proposed **Hague Convention** on Jurisdiction and Foreign Judgments, Tübingen 2003.

BERGER, Bernhard/KELLERHALS, Franz: International and Domestic **Arbitration** in Switzerland, 2. Auflage, Bern 2010.

BISCHOF, Thomas Pius: Die **Zustellung** im internationalen Rechtsverkehr in Zivil- oder Handelssachen, Diss. St. Gallen 1997.

BOMMER, Florian: Die Zuständigkeit für **Widerspruchs- und Anfechtungsklagen** im internationalen Verhältnis, Zürich 2001.

BRANDENBERG BRANDL, Beatrice: **Direkte Zuständigkeit** der Schweiz im internationalen Schuldrecht, SGIR, Band 6, St. Gallen 1991.

BRUNNER, Alexander/GASSER, Dominik/SCHWANDER, Ivo (Hrsg.): Schweizerische Zivilprozessordnung, Kommentar, Zürich/St. Gallen 2011 (zit.: Brunner/Gasser/Schwander-BEARBEITER).

BUCHER, Andreas: **Droit international privé suisse**, Tome I/1: Partie générale – Conflits de juridictions, Basel 1998; Tome II: Personnes, Famille, Successions, Basel 1992.

BUCHER, Andreas: Die neue **Schiedsgerichtsbarkeit** in der Schweiz, Basel/Frankfurt a.M. 1989.

BUCHER, Andreas (Hrsg.): Commentaire romand de la loi sur le droit international privé et la Convention de Lugano, Basel 2011 (zit.: CR LDIP/CL-BEARBEITER).

BUHR Axel: **Europäischer Justizraum** und revidiertes Lugano-Übereinkommen, Diss., Bern 2010.

DAHM, Georg/DELBRÜCK, Jost/WOLFRUM, Rüdiger: **Völkerrecht**, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.

DASSER, Felix/OBERHAMMER, Paul (Hrsg.): Kommentar zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ), 2. Auflage, Bern 2011 (zit.: Dasser/Oberhammer-BEARBEITER).

- DÄTWYLER, Cornelia:** Gewährleistungs- und Interventionsklage nach französischem Recht und Streitverkündung nach schweizerischem und deutschem Recht im internationalen Verhältnis nach IPRG und Lugano-Übereinkommen unter Berücksichtigung des Vorentwurfs zu einer schweizerischen Zivilprozessordnung, St. Gallen/Lachen SZ 2005.
- DONZALLAZ, Yves:** La Convention de **Lugano** du 16 septembre 1988 concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, 3 Bände, Bern 1996–1998.
- DORMANN BESSENICH, Agnes:** **Der ausländische Staat** als Kläger, Schriftenreihe des Instituts für internationales Recht und internationale Beziehungen, Band 60, Basel 1993.
- DÜGGELIN, Walter:** Das zivilprozessuale **Armenrecht** im Kanton Luzern, Zürich 1986.
- DUTOIT, Bernard:** Droit international privé suisse: **commentaire** de la loi fédérale du 18 décembre 1987, 4e ed., Basel et al. 2004.
- FRITZSCHE, Hans/WALDER, Hans Ulrich:** Schuldbetreibung und Konkurs nach schweizerischem Recht, Band I, 3. Auflage, Zürich 1984, unveränderter Nachdruck 1993 (zit.: **SchKG I**).
- FRITZSCHE, Hans/WALDER, Hans Ulrich:** Schuldbetreibung und Konkurs nach schweizerischem Recht, Band II, 3. Auflage, Zürich 1993 (zit.: **SchKG II**).
- FURRER, Andreas/GIRSBERGER, Daniel/MÜLLER-CHEN, Markus/SCHRAMM, Dorothe:** Internationales Privatrecht, 3. Auflage, Zürich 2011.
- FURRER, Andreas/GIRSBERGER, Daniel/SIEHR, Kurt:** Internationales Privatrecht – Allgemeine Lehren, Schweizerisches Privatrecht, Band XI/1, Basel 2008 (zit.: IPR – Allgemeine Lehren).
- GEIER, Eva:** Die **Streitgenossenschaft** im internationalen Verhältnis, Bern 2005.
- GEIMER, Reinhold:** **Internationales Zivilprozessrecht**, 6. Auflage, Köln 2009.
- GEIMER, Reinhold/SCHÜTZE, Rolf A.** (Hrsg.): Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, Loseblattausgabe, Stand: Oktober 2001, München (zit.: Geimer/Schütze, Int. Rechtsverkehr-BEARBEITER).
- GEIMER, Reinhold/SCHÜTZE, Rolf A.:** **Internationale Urteilsanerkennung**, 3 Bände, München 1971/1983/1984.
- GEIMER, Reinhold/SCHÜTZE, Rolf A.:** **Europäisches Zivilverfahrensrecht**, 3. Auflage, München 2010.
- GIRSBERGER, Daniel/VOSER, Nathalie:** International **Arbitration** in Switzerland, 2. Auflage, Zürich 2012.
- GROLIMUND, Pascal:** **Drittstaatenproblematik** des europäischen Zivilverfahrensrechts, Tübingen 2000.
- GULDENER, Max:** Das internationale und interkantonale Zivilprozessrecht der Schweiz, Zürich 1951, mit Supplement Zürich 1959 (zit.: IZPR).
- GULDENER, Max:** Schweizerisches Zivilprozessrecht, 3. Auflage, Zürich 1979 (zit.: ZPR).
- GUTZWILLER, Peter Max:** Schweizerisches Internationales **Trustrecht**, Kommentar zum Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung (HTÜ) vom 1. Juli 1985 und zur schweizerischen Umsetzungs-Gesetzgebung vom 20. Dezember 2006, Basel 2007.

Abgekürzt zitierte Literatur

HABSCHEID, Walther J.: Schweizerisches Zivilprozess- und Gerichtsorganisationsrecht, 2. Auflage, Basel und Frankfurt am Main 1990 (zit.: ZPR).

HEINI, Anton et al. (Hrsg.): Zürcher Kommentar zum IPRG, 2. Auflage, Zürich 2004 (zit.: ZK IPRG-BEARBEITER).

HESS, Burkhard: **Europäisches Zivilprozessrecht**, Heidelberg 2010.

HESS, Burkhard/PFEIFFER, Thomas/SCHLOSSER, Peter: The **Brussels I Regulation** (EC) No 44/2001. The Heidelberg Report on the Application of Regulation Brussels I in 25 Member States (Study JLS/C4/2005/03), München 2008.

HONSELL, Heinrich/VOGT, Nedim Peter/SCHNYDER, Anton K./BERTI, Stephen V. (Hrsg.): Basler Kommentar Internationales Privatrecht, 2. Auflage, Basel 2007 (zit.: BSK IPRG-BEARBEITER).

JAMETTI GREINER, Monique: Überblick zum Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen, ZBJV 1992, S. 42 ff. (zit.: Lugano).

JAMETTI GREINER, Monique: Der Begriff der **Entscheidung** im schweizerischen internationalen Zivilverfahrensrecht, Basel und Frankfurt am Main 1998.

JAYME, Erik/HAUSMANN, Rainer: **Internationales Privat- und Verfahrensrecht**, Textausgabe, 15. Auflage, München 2010.

JOHNER, Erik: Die direkte Zuständigkeit der Schweiz bei internationalen Arbeitsverhältnissen unter besonderer Berücksichtigung des Lugano-Übereinkommens, Basel 1995 (zit.: Internationale Arbeitsverhältnisse).

JOLIDON, Pierre: Commentaire du **Concordat** suisse sur l'arbitrage, Bern 1984.

KAUFMANN-KOHLER, Gabrielle/RIGOZZI, Antonio: **Arbitrage** international, Droit et pratique à la lumière de la LDIP, 2ème édition, Berne 2010.

KILLIAS, Laurent: Die **Gerichtsstandsvereinbarungen** nach dem Lugano-Übereinkommen, SSIR, Band 84, Zürich 1993.

KNOEPFLER, François/SCHWEIZER, Philippe/OTHENIN-GIRARD, Simon: Droit international privé suisse, 3. Auflage, Bern 2005 (zit.: Dip).

KOBERG, Ann-Kristin: Zivilprozessuale Besonderheiten bei Sachverhalten mit **Auslandsberührung**, St. Gallen 1992.

KOFMEL EHRENZELLER, Sabine: Der vorläufige Rechtsschutz im internationalen Verhältnis, Tübingen 2005 (zit.: Vorläufiger Rechtsschutz).

KREN KOSTKIEWICZ, Jolanta: **Staatenimmunität** im Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren nach schweizerischem Recht, Bern 1998.

KREN KOSTKIEWICZ, Jolanta: Grundriss des schweizerischen Internationalen Privatrechts, Bern 2012 (zit.: IPR).

KROPHOLLER, Jan/VON HEIN, Jan: **Europäisches Zivilprozessrecht:** Kommentar zu EuGVO, Lugano-Übereinkommen 2007, EuVTVO, EuMVVO und EuGFVO, 9. Auflage, Frankfurt a.M. 2011.

KROPHOLLER, Jan: **Internationales Privatrecht**, 6. Auflage, Tübingen 2006.

LEUENBERGER, Christoph/UFFER-TOBLER, Beatrice: Schweizerisches **Zivilprozessrecht**, Bern 2010.

- LINKE, Hartmut: Internationales Zivilverfahrensrecht**, 5. Auflage, Köln 2011.
- MARKUS, Alexander R.: Lugano-Übereinkommen** und SchKG-Zuständigkeiten: Provisorische Rechtsöffnung, Aberkennungsklage und Zahlungsbefehl, Diss. 1996.
- MARKUS, Alexander R.:** Tendenzen beim materiellrechtlichen **Vertragserfüllungsort** im internationalen Zivilverfahrensrecht, Basel 2009.
- Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht** (Hrsg.): Handbuch des Internationalen Zivilverfahrensrechts, 4 Bände, Tübingen 1982–1994 (zit.: **Handbuch IZVR**).
- MAYR, Peter G.: Europäisches Zivilprozessrecht**, Wien 2011.
- MEIER, Andreas L.:** Die **Anwendung des Haager Beweisübereinkommens** in der Schweiz: Unter besonderer Berücksichtigung der Beweisaufnahme für US-amerikanische Zivilprozesse, Basel 1999.
- MEIER, Isaak: Internationales Zivilprozessrecht** und Zwangsvollstreckungsrecht – ein Studienbuch, , 2. Auflage, Zürich 2005.
- MEIER, Isaak:** Schweizerisches **Zivilprozessrecht**, Zürich 2010.
- MEILI, Friedrich:** Das internationale Civilprozessrecht: auf Grund der Theorie, Gesetzgebung und Praxis, Zürich 1906.
- MERKT, Olivier:** Les **mesures provisoires** en droit international privé, SSIR, Band 86, Zürich 1993.
- MESSMER, Georg/IMBODEN, Hermann:** Die **eidgenössischen Rechtsmittel** in Zivilsachen, Zürich 1992.
- MÜLLER, Beat: Anerkennung** und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen im Bereich des Schuldrechts, Diss. St. Gallen 1994.
- MÜLLER, Jörg Paul: Grundrechte** in der Schweiz, 4. Auflage, Bern 2008.
Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, 3. Auflage, 4 Bände, München 2007–2010 (zit.: MünchKommZPO-BEARBEITER).
- NAGEL, Heinrich/GOTTWALD, Peter:** Internationales Zivilprozessrecht, 6. Auflage, Köln 2007 (zit.: **IZPR**).
- NIGGLI, Marcel Alexander/UEBERSAX, Peter/WIPRÄCHTIGER, Hans** (Hrsg.): Basler Kommentar Bundesgerichtsgesetz, 2. Auflage, Basel 2011 (zit. BSK BGG-BEARBEITER).
- OBERHAMMER, Paul** (Hrsg.): Schweizerische Zivilprozessordnung, Kurzkomentar, Basel 2010 (zit.: KUKO ZPO-BEARBEITER).
- OETIKER, Christian/WEIBEL, Thomas** (Hrsg.): Basler Kommentar zum Lugano-Übereinkommen, Basel 2011 (zit.: BSK LugÜ-BEARBEITER).
- PATOCCHI, Paolo Michele/GEISINGER, Elliott: Internationales Privatrecht**, Zürich 2000.
- PFENNIG, Günter:** Die internationale **Zustellung** in Zivil- und Handelssachen, Göttingen 1987.
- PFISTERER, Stefanie/SCHNYDER, Anton K.:** Internationale **Schiedsgerichtsbarkeit** (in a nutshell), Zürich 2010.
- POUDRET, Jean-François: Commentaire** de la loi fédérale d'organisation judiciaire, Volume I: Articles 1–40 (Bern 1990), Volume V: Articles 136–171 (Bern 1992).

Abgekürzt zitierte Literatur

- POUDRET, Jean-François/SANDOZ-MONOD, Suzette: Commentaire** de la loi fédérale d'organisation judiciaire, Volume II: Articles 41–82, Bern 1990.
- RAUSCHER, Thomas** (Hrsg.): Europäisches Zivilprozess- und Kollisionsrecht, Kommentar, 4 Bände, Bearbeitung 2010/2011, München 2010/2011 (zit.: Rauscher, EuZPR/EuIPR-BEARBEITER).
- REISER, Hans:** Gerichtsstandsvereinbarungen nach dem IPR-Gesetz, ZSZV, Band 87, Zürich 1989 (zit.: **Gerichtsstandsvereinbarungen I**).
- REISER, Hans:** Gerichtsstandsvereinbarungen nach dem IPR-Gesetz und Lugano-Übereinkommen, ZSZV, Band 105, Zürich 1995 (zit.: **Gerichtsstandsvereinbarungen II**).
- RODRIGUEZ, Rodrigo: Beklagtenwohnsitz** und Erfüllungsort im europäischen IZPR, Zürich/Basel/Genf 2005.
- ROSENBERG, Leo/SCHWAB, Karl Heinz/GOTTWALD, Peter:** Zivilprozessrecht, 17. Auflage, München 2010.
- RÜEDE, Thomas/HADENFELDT, Reimer:** Schweizerisches **Schiedsgerichtsrecht** nach Konkordat und IPRG, 2. Auflage, Zürich 1993.
- SCHACK, Haimo:** Einführung in das **US-amerikanische Zivilprozessrecht**, 4. Auflage, München 2011.
- SCHACK, Haimo: Internationales Zivilverfahrensrecht**, 5. Auflage, München 2010.
- SCHLOSSER, Peter F.:** Das Recht der internationalen privaten **Schiedsgerichtsbarkeit**, 2. Auflage, Tübingen 1989.
- SCHLOSSER, Peter F.:** **EU-Zivilprozessrecht**, Kommentar, 3. Auflage, München 2009.
- SCHNYDER, Anton K.:** Das neue **IPR-Gesetz**, 2. Auflage, Zürich 1990.
- SCHNYDER, Anton K.** (Hrsg.): Lugano-Übereinkommen zum internationalen Zivilverfahrensrecht, Kommentar, Zürich/St. Gallen 2011 (zit.: Schnyder, LugÜ-BEARBEITER).
- SCHNYDER, Anton K.:** **Staatsverträge** im Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht der Schweiz, Zürich 1983.
- SCHNYDER, Anton K./LIATOWITSCH, Manuel:** Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht, 3. Auflage, Zürich 2011.
- SCHWAB, Karl Heinz/WALTER, Gerhard: Schiedsgerichtsbarkeit**, Kommentar, 7. Auflage, München/Basel 2005.
- SCHWANDER, Ivo: Einführung** in das internationale Privatrecht, Erster Band: Allgemeiner Teil (zit.: AT), 3. Auflage, St. Gallen/Lachen 2000; Zweiter Band: Besonderer Teil (zit.: BT), St. Gallen/Lachen 1997.
- SEILER, Hansjörg/VON WERDT, Nicolas/GÜNGERICH, Andreas:** Bundesgerichtsgesetz (BGG), Handkommentar, Bern 2007 (zit.: Seiler/von Werdt/Güngerich).
- SIEGRIST, Dave: Hoheitsakte** auf fremdem Staatsgebiet, SSIR, Band 53, Zürich 1987.
- SIEHR, Kurt:** Das Internationale Privatrecht der Schweiz, Zürich 2002 (zit.: **IPR**).
- SPÜHLER, Karl/MEYER, Claudia: Einführung** in das internationale Zivilprozessrecht, Zürich 2001.
- SPÜHLER, Karl/DOLGE, Annette/GEHRI, Myriam:** Schweizerisches **Zivilprozessrecht** und Grundzüge des internationalen Zivilprozessrechts, 9. Auflage, Bern 2010.

- SPÜHLER, Karl/TENCHIO, Luca/INFANGER, Dominik** (Hrsg.): Basler Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, Basel 2010 (zit.: BSK ZPO-BEARBEITER).
- STAEHELIN, Matthias: Gerichtsstandsvereinbarungen** im internationalen Handelsverkehr Europas: Form und Willenseinigung nach Art. 17 EuGVÜ/LugÜ, Basel 1993.
- STAEHELIN, Adrian/BAUER, Thomas/STAEHELIN, Daniel** (Hrsg.): Basler Kommentar Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs I (zit.: BSK SchKG-BEARBEITER).
- STAEHELIN, Andreas/STAEHELIN, Daniel/GROLIMUND, Pascal:** Zivilprozessrecht nach dem Entwurf für eine Schweizerische Zivilprozessordnung und weiteren Erlassen – unter Einbezug des internationalen Rechts, Zürich/Basel/Genf 2008 (zit.: ZPR).
- STEIN/JONAS:** Kommentar zur Zivilprozessordnung, 22. Auflage, 10 Bände, Tübingen 2002– (zit.: Stein/Jonas-BEARBEITER).
- STOJAN, Teddy Svatopluk:** Die **Anerkennung und Vollstreckung** ausländischer Zivilurteile in Handelssachen, ZSZV, Band 72, Zürich 1986.
- SUTTER-SOMM Thomas/HASENBÖHLER Franz/LEUENBERGER Christoph** (Hrsg.): Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), Zürich/Basel/Genf 2010 (zit.: Sutter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger).
- VAN DEN BERG, Albert Jan:** The **New York Arbitration Convention** of 1958, Towards a Uniform Judicial Interpretation, Deventer usw. 1981.
- VOLKEN, Paul:** Die **internationale Rechtshilfe** in Zivilsachen, Zürich 1996.
- WALDER, Hans Ulrich: Einführung** in das Internationale Zivilprozessrecht der Schweiz, Zürich 1989.
- WALTER, Gerhard:** Die **internationale Zuständigkeit** schweizerischer Gerichte für «vorsorgliche Massnahmen» – oder: Art. 10 IPRG und seine Geheimnisse, AJP 1992, S. 61 ff.
- WALTER, Gerhard:** Tu felix Europa ... Zum Entwurf einer **Europäischen Zivilprozessordnung**, AJP 1994, S. 425 ff.
- WALTER, Gerhard: Wechselwirkungen** zwischen europäischem und nationalem Zivilprozessrecht: Lugano-Übereinkommen und Schweizer Recht, ZZP 1994, S. 301 ff.
- WALTER, Gerhard:** Reform des internationalen Zivilprozessrechts in **Italien**, AJP 1996, S. 423 ff.
- WALTER, Gerhard:** Zur **Sicherungsvollstreckung** gemäss Art. 39 des Lugano-Übereinkommens, ZBJV 1992, S. 90 ff.
- WALTER, Gerhard: Neuere Entwicklungen** im internationalen Zivilprozessrecht, in: FS Gerhard Lücke, München 1997, S. 921 ff.
- WALTER, Gerhard: Vorsorgliche Massnahmen** bei fehlender Hauptsachezuständigkeit, in: Karl Spühler (Hrsg.), Vorsorgliche Massnahmen aus internationaler Sicht, Zürich 2000, S. 121 ff.
- WALTER, Gerhard: Lis alibi pendens** und forum non conveniens: Von der Konfrontation über die Koordination zur Kooperation, in: FS Ekkehard Schumann, Tübingen 2001, S. 559 ff.
- WALTER, Gerhard:** Ausländische **Rechtshängigkeit** und Konnexität nach altem und neuem Lugano-Übereinkommen, in: Karl Spühler (Hrsg.), Internationales Zivilprozess- und Verfahrensrecht II, Schulthess 2003, S. 127 ff.

Abgekürzt zitierte Literatur

WALTER, Gerhard: Der **Entwurf** für ein weltweites Haager-Zuständigkeits- und Vollstreckungs-Übereinkommen aus Schweizer Sicht, in: FS Reinhold Geimer, München 2002, S. 1429 ff.

WALTER, Gerhard: **Inkongruenzen** und Inkonvenienzen – oder: Der Kampf um das Forum, Jusletter vom 10. März 2003.

WALTER, Gerhard: Der **Schlichtervertrag**, in: FS Heinrich Honsell, Zürich 2002, S. 439 ff.

WALTER, Gerhard: Die **Staatenimmunität** in der Schweiz, in: FS Kostas E. Beys, Athen 2003, S. 1721 ff.

WALTER, Gerhard: **Neuere Rechtsprechung** des Schweizer Bundesgerichts zur Schiedsgerichtsbarkeit, in: Karl Spühler (Hrsg.), Internationales Zivilprozess- und Verfahrensrecht V, Schulthess 2005, S. 31 ff.; ebenfalls erschienen in: SchiedsVZ, Heft 2 (S. 57 ff.) und 3 (S. 129 ff.) 2005.

WALTER, Gerhard: Zur **Bedeutung der Vereinbarung**: «Zuständig sind die Gerichte des Kantons X», in: FS Hans Peter Walter, Bern 2005, S. 539 ff.

WALTER, Gerhard: **Interim Measures** and Arbitration – Impact of the ILA Principles on Provisional and Protective Measures in International Litigation on the Draft Provisions on Interim Measures of Protection of the UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration, in: Essays in Memory of Peter E. Nygh, The Hague 2004, S. 469 ff.

WALTER, Gerhard/BAUMGARTNER, Samuel: Improving the **Prospects** of the Transnational Rules of Civil Procedure Project: Some Thoughts on Purpose and Means of Implementation, ZZPInt 2000, S. 477 ff.

WALTER, Gerhard/BAUMGARTNER, Samuel: **Utility** and Feasibility of Transnational Rules of Civil Procedure: Some German and Swiss Reactions to the Hazard-Taruffo Project, Tex. Int'l L.J. 1998, S. 463 ff.

WALTER, Gerhard/BOSCH, Wolfgang/BRÖNNIMANN, Jürgen: **Internationale Schiedsgerichtsbarkeit** in der Schweiz, Kommentar zu Kapitel 12 des IPR-Gesetzes, Bern 1991.

WALTER, Gerhard/JAMETTI GREINER, Monique/SCHWANDER, Ivo: Internationales Privat- und Verfahrensrecht, Texte und Erläuterungen, Bern 1993 ff., mit 12. Ergänzungslieferung (Stand 1. September 2006) (zit.: W/JG/Sch).

WALTER, Gerhard/WALTHER, Fridolin M.R.: **International Litigation**: Past Experiences and Future Perspectives, in: Thomas Cottier/Alexandra Caplazi (Hrsg.), Swiss Papers on European Integration, Band 25, Bern 2000.

WALTHER, Fridolin M.R.: Das **Massnahmenprogramm** der Europäischen Union zur Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung im Bereich des Zivilprozessrechts, ZBJV 2001, S. 120 ff.

WALTHER, Fridolin M.R.: Die Schweiz und das europäische Zivilprozessrecht – **quo vadis?**, ZSR 2005 II S. 301 ff.

WALTHER, Fridolin M.R.: **Neuere Entwicklungen** im europäischen und internationalen Prozessrecht – oder: Die Europäisierung, Regionalisierung und Internationalisierung des Prozessrechts, Revue 1/2000, S. 6 ff.

WITTIBSCHLAGER, Martina: **Rechtshängigkeit** in internationalen Verhältnissen, Basel 1992.

§ 1 Begriff, Rechtsquellen, Grundprinzipien des internationalen Zivilprozessrechts

I. Begriff

1. Einleitung, Beispiele

a) *Einleitung*

Das internationale Zivilprozessrecht (IZPR) ist ein Teilgebiet des Zivilprozessrechts – sozusagen das Zivilprozessrecht, das für internationale Fälle gilt. Seine Regelung findet sich im IPRG (vgl. Art. 1: «im internationalen Verhältnis»), in der Zivilprozessordnung (vgl. z.B. Art. 99 Abs. 1 lit. a ZPO: Sicherheitsleistung für die Parteientschädigung für im Ausland wohnhafte Kläger), den Gerichtsorganisations- bzw. Gerichtsverfassungsgesetzen, in völkerrechtlichen Verträgen und im Völkergewohnheitsrecht.

Es lässt sich folgende **Definition** aufstellen: das internationale Zivilprozessrecht umfasst alle prozessrechtlichen Vorschriften, die auf **auslandsbezogene Sachverhalte** anzuwenden sind.

Beispiele: Wenn eine der Parteien Wohnsitz im Ausland hat – hat dieser Umstand eine Bedeutung für die Zuständigkeit Schweizer Gerichte (Klägerin mit Wohnsitz in Paris möchte eine Klage vor einem Schweizer Gericht erheben)? Hat dieser Umstand Bedeutung für andere Punkte: muss z.B. die Klägerin eine Sicherheit für die Parteientschädigung leisten? Wie hat die Zustellung der Klageantwort an die Klägerin zu erfolgen – einfach per Post? Wird ein Urteil eines Schweizer Gerichts in Frankreich anerkannt, d.h.: «nützt» ihr ein solches Urteil überhaupt? Die Reihe von Fragen liesse sich verlängern.

Die Antworten auf alle diese Fragen geben nun eben die Bestimmungen des internationalen Zivilprozessrechts.

Zu beachten ist: Das IZPR ist ebenso wie das IPR (internationales Privatrecht) i.d.R. **kein internationales Recht** im Sinne einer supranationalen Rechtsordnung, sondern **nationales** Recht zu der Frage, welche prozessualen Bestimmungen auf einen internationalen Sachverhalt anzuwenden sind. Es gibt also schweizerisches IZPR, französisches IZPR usw.

Im Gegensatz dazu steht z.B. (für das IPR) das Wiener Kaufrechtsübereinkommen vom 11.4.1980, das für die Vertragsstaaten eine *einheitliche* materielle Rechtsordnung für das Kaufrecht abgibt, die insoweit also die jeweiligen nationalen Regelungen im OR, BGB, code civil usw. ersetzt.

Für den Bereich des **IZPR** wäre aber immerhin auf das – praktisch sehr bedeutsame – (Lugano-) Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007 (LugÜ) hinzuweisen, das eine für die Vertragsstaaten einheitliche Regelung z.B. der internationalen Zuständigkeit sowie der grenzüberschreitenden Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen enthält. In seinem Anwendungsbereich verdrängt es die Vorschriften des jeweiligen nationalen IZPR (> § 5 A II).

Ebenfalls zu beachten: Der Begriff internationales Zivil**prozess**recht ist enger als der des internationalen Zivil**verfahrens**rechts. Zu letzterem gehören auch die internationale freiwillige Gerichtsbarkeit und das internationale Konkursrecht.

Das internationale Konkursrecht z.B. ist in Kapitel 11 des IPRG für die Schweiz behandelt. Gegenstand dieses Buches soll indessen allein das internationale Zivil**prozess**recht sein.

b) *Beispiele*

Nun einige Beispiele von Sachverhalten mit Auslandsbeziehung.

Ausgangspunkt: Das IPRG regelt, wie schon gesagt, die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte oder Behörden, das anzuwendende Recht usw. «im internationalen Verhältnis» (Art. 1 IPRG). Dabei enthält es nun allerdings keine allgemeine Definition dafür, wann ein solches internationales Verhältnis vorliegen soll¹. Als Faustregel gilt, dass jedenfalls dann ein internationaler Sachverhalt vorliegt, wenn sich mindestens einer der in einer Bestimmung des IPRG bzw. der anwendbaren Norm vorhandenen *Anknüpfungspunkte* (z.B. also der Handlungs- oder der Erfolgsort gemäss Art. 129 IPRG²) im Ausland befindet.

Wir wollen zur Illustration ein paar Fälle bilden, um uns klar zu machen, wann ein Fall «im internationalen Verhältnis» vorliegt.

1 Siehe aber immerhin Art. 176 Abs. 1 IPRG (zur Definition des Begriffes «internationale» Schiedsgerichtsbarkeit). Näher zum Begriff des internationalen Verhältnisses etwa BSK IPRG-BERTI N 8 ff. vor 2; KROPHOLLER/VON HEIN, Europäisches Zivilprozessrecht, N 7 vor Art. 2 EuGVVO; SCHWANDER, Einführung, N 594; DERS., Zum Gegenstand des internationalen Privatrechts, FS Mario Pedrazzini, Bern 1990, S. 355 ff.; STOFFEL, Le rapport juridique international, FS Alfred E. von Overbeck, Freiburg 1990, S. 421 ff.; WALDER, Einführung, § 5, N 2 ff.

2 S. BGE vom 13. Juni 1994 in SZIER 1996, S. 395 ff. = Semjud 1995, S. 57 ff.

- **Erster Fall**

Ein deutsch-spanisches Ehepaar mit Wohnsitz in der Schweiz will sich scheiden lassen.

Frage: Ist hier überhaupt ein schweizerisches Gericht zuständig? Oder könnte man nicht sagen, das Ehepaar solle sich in Deutschland bzw. in Spanien scheiden lassen? Immerhin sind beide keine Schweizer Staatsbürger, so dass ein Gegner der Zuständigkeit schweizerischer Gerichte argumentieren könnte, wir sollten uns nicht in solche Statusfragen des Auslandes einmischen, wie sie mit einer Eheschliessung bzw. Scheidung verbunden sind. Ausserdem kostet ein solches Gerichtsverfahren den Steuerzahler viel Geld (die von den Parteien zu tragenden «Gerichtskosten» decken die wirklichen Kosten bei weitem nicht): wieso, so könnte womöglich gefragt werden, sollte also der Schweizer Steuerzahler die Scheidung einer Ausländer-Ehe subventionieren? (Freilich: Auch ausländische Staatsbürger, die in der Schweiz wohnen, zahlen hier Steuern.)

Hier handelt es sich um einen Fall «im internationalen Verhältnis»; der Auslandsbezug ergibt sich aus der *Staatsangehörigkeit* der Parteien.

Damit ist aber auch gesagt, dass für die Zuständigkeit das **IPRG** gilt (wenn nicht ein Staatsvertrag eingreift, vgl. Art. 1 Abs. 2 IPRG).

Die Antwort auf unsere Frage findet sich in Art. 59 IPRG, der, wie zu erkennen, schnell eine internationale Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte annimmt: es genügt der Wohnsitz in der Schweiz – unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Parteien.

Nicht in allen Fällen begründet übrigens die ausländische Staatsbürgerschaft einer Partei schon ein «internationales Verhältnisses» i.S.d. IPRG. Bei Statussachen wie etwa einer Ehescheidung ist das der Fall, weil hier die Staatsangehörigkeit der Parteien ein vom IPRG als relevant angesehener Anknüpfungspunkt ist. Dagegen läge etwa bei einem Kaufvertrag zwischen einem deutschen und einem spanischen Staatsangehörigen, die beide in der Schweiz wohnen, kein internationaler Sachverhalt vor (zumindest soweit keine sonstigen Auslandsbezüge vorliegen). Bei obligationenrechtlichen Streitigkeiten ist die Staatsangehörigkeit der Parteien aus Sicht des schweizerischen internationalen Zivilprozessrechts grundsätzlich irrelevant. (Die Zuständigkeit wäre hier demnach nach der ZPO und nicht nach dem IPRG zu bestimmen.) Wir sehen also: Ob ein relevanter Auslandsbezug vorliegt, der ein internationales Verhältnis begründet, ist von Fall zu Fall gesondert zu beurteilen³.

³ BSK IPRG-SCHNYDER/GROLIMUND, N 2 zu 1.

Schon am obigen Beispiel der deutsch-spanischen Ehe kann man auch zeigen, wie wenig das IZPR **international** ist; es ist nach wie vor **nationales** Recht (wobei in der EU zunehmend europarechtliche Regelungen an die Stelle des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten treten). Es gibt – jedenfalls für unser Beispiel – **keine supranationale Zuständigkeitsordnung**, welche die Zuständigkeit aus Sicht aller beteiligten Rechtsordnungen einheitlich regeln würde. Zum Beleg:

Die internationale Zuständigkeit der Gerichte von EU-Mitgliedstaaten für Ehescheidungen ist (aus deren Sicht) primär in der Verordnung über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren über die elterliche Verantwortung (EuEheVO) geregelt. Deren Art. 3, der die Zuständigkeit für Ehescheidungen regelt, begründet für den vorliegenden Fall keine Zuständigkeit eines mitgliedstaatlichen Gerichts. In einer solchen Situation eröffnet allerdings Art. 7 EuEheVO den nationalen Gesetzgebern der Mitgliedstaaten die Möglichkeit, eine Zuständigkeit vorzusehen. Der deutsche Gesetzgeber macht davon in § 98 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) Gebrauch; danach sind die deutschen Gerichte unter anderem dann international für die Ehescheidung zuständig, wenn ein Ehegatte deutscher Staatsbürger ist oder bei der Eheschliessung war – wo immer in der Welt sich das Ehepaar aufhält. (Art. 60 IPRG kennt übrigens ebenfalls eine solche Heimatzuständigkeit für Schweizerbürger, allerdings nur in solchen Fällen, in denen es unmöglich oder unzumutbar ist, die Klage am Wohnsitz eines der Ehegatten zu erheben).

Die Ehegatten haben also – wie wir sehen – die Wahl, wo sie sich scheiden lassen wollen: entweder in der Schweiz (das Schweizer Recht gewährt ihnen eine Zuständigkeit) oder in Deutschland (auch das deutsche Recht sieht eine solche Zuständigkeit vor). Diese Situation führt zu konkurrierenden Zuständigkeiten, also zu der Möglichkeit eines *forum shopping* usw. Dazu später unten **§ 3 II 3**.

• Zweiter Fall

Ein amerikanischer und ein holländischer Tourist stossen bei ihren – getrennten – Reisen in den Süden im Kanton Uri mit ihren Autos zusammen.

Frage: Sind Schweizer Gerichte für die Schadenersatzklage des Holländers gegen den Amerikaner aus Texas zuständig?

Auch hier handelt es sich (wegen der Wohnsitze der Beteiligten) um einen Fall «im internationalen Verhältnis»; es gilt also das IPRG. Dabei ergibt sich: Die Schweizer Gerichte sind zuständig, man vgl. Art. 129 IPRG.

- **Dritter Fall**

Bei einer Vaterschaftsklage in der Schweiz (Klage auf Feststellung der Abstammung eines Kindes) erhebt der Beklagte die sogenannte Mehrverkehrseinrede (peremptio plurium) und verweist auf einen Dritten als möglichen Vater. Dieser Dritte, mit dem Verkehr gehabt zu haben die Kindsmutter zugibt, hat Wohnsitz in Italien.

Frage: Wie kann der italienische Zeuge in einem schweizerischen Prozess einvernommen werden? Kann das schweizerische Gericht ihn einfach so laden, wie wenn er in der Schweiz wohnte? Oder muss das schweizerische Gericht sich nach Italien begeben, um ihn an seinem Wohnsitz zu vernehmen? Kann man vielleicht stattdessen einen schweizerischen Konsul damit beauftragen, dies zu tun? Oder muss etwa ein italienischer Richter mit der Bitte um rogatorische Einvernahme angegangen werden?

Der Auslandsbezug ist hier der Wohnsitz des Zeugen.

Dieser Fall ist ein Beispiel für die Notwendigkeit der sogenannten **internationalen Rechtshilfe (> § 7)**.

- **Vierter Fall**

Ein schweizerischer Käufer verklagt einen türkischen Verkäufer in der Schweiz auf Ersatz von Schaden wegen Nichterfüllung eines Vertrages. Der Türke klagt zur gleichen Zeit in der Türkei auf Feststellung, dass kein gültiger Vertrag geschlossen worden sei.

Frage: Wird die Tatsache der ausländischen Rechtshängigkeit im schweizerischen Prozess berücksichtigt? Wird allenfalls das Schweizer Verfahren (zugunsten des türkischen) ausgesetzt?

Die Antwort ergibt sich aus Art. 9 IPRG: Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind.

Dass hier ein «internationales Verhältnis» gegeben ist, leuchtet sofort ein: Gerichte verschiedener Staaten beschäftigen sich mit mehr oder weniger demselben Fall. Siehe dazu näher unten **§ 11**.

- **Fünfter Fall**

Ein österreichischer Gläubiger will aus dem Urteil eines österreichischen Gerichtes in der Schweiz gegen einen schweizerischen Schuldner vorgehen.

Frage: Wie ist dies möglich? Kann er den Schuldner einfach betreiben und dann nach allfälligem Rechtsvorschlag im Rechtsöffnungsverfahren das österreichische Urteil präsentieren mit der Bitte um Erteilung der definitiven Rechtsöffnung? Oder braucht es ein eigenes, besonderes Verfahren?

Hier handelt es sich um die Frage der Anerkennung und Vollstreckung einer ausländischen Entscheidung im Inland – ein klarer Fall für das Vorliegen eines «internationalen Verhältnisses».

Man vergleiche schon einmal Artt. 25 ff. IPRG und z.B. Art. 81 Abs. 3 SchKG sowie Artt. 38 ff. des Lugano-Übereinkommens (LugÜ). Zum Ganzen unten **§§ 8–10**.

Die vorstehenden Fälle zeigen die Schwerpunkte des internationalen Zivilprozessrechts, nämlich:

- internationale Zuständigkeit
- Durchführung von Verfahren mit Auslandsbezug
- internationale Rechtshilfe
- Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile.

2. Abgrenzung zum internationalen Privatrecht (IPR)

Das IPR enthält sogenannte **Kollisionsnormen**. Diese geben eine Antwort auf die Frage, welches **materielle Recht** auf einen bestimmten Sachverhalt mit Auslandsbezug Anwendung findet.

Beispiel: unser Scheidungsfall.

Wenn wir davon ausgehen, dass schweizerische Gerichte für die Scheidung eines ausländischen Ehepaares zuständig sind, so ist damit noch lange nicht gesagt, welches materielle Scheidungsrecht auf diesen Fall vor Gericht Anwendung findet: Darf das Schweizer Gericht einfach Schweizer Recht anwenden, oder muss es ausländisches Recht anwenden? Man vergleiche dazu Art. 61 IPRG – eine typische Kollisionsnorm, wie sich auch aus der Marginalie «anwendbares Recht» klar ergibt.

Bei den Regelungen des **IZPR** handelt es sich hingegen zur Hauptsache nicht um **Kollisionsnormen**⁴; in erster Linie gibt das IZPR eine Antwort auf die Frage, ob und allenfalls welche **besonderen** Vorschriften des Prozessrechts des nationalen Rechts (oder anderer Rechtsquellen) auf den Sachverhalt inklusive der internationalen Zuständigkeit Anwendung finden sollen.

⁴ Vgl. aber SCHACK, Internationales Zivilverfahrensrecht, N 4 ff.

Dabei ist die Frage nach der **internationalen Zuständigkeit** sowohl theoretisch wie praktisch die wichtigste in allen Fällen mit Auslandsbezug: Sie muss regelmässig vor der Frage nach dem anwendbaren materiellen Recht gestellt werden, weil sich nämlich die Frage nach dem anwendbaren Recht jeweils nach dem IPR der *lex fori*, d.h. nach dem Recht des Prozessgerichtes beantwortet.

Beispiel: Bejaht in einem Scheidungsfall das schweizerische Gericht gemäss Art. 59 oder 60 IPRG seine Zuständigkeit, so wendet es materiell im Regelfall auch Schweizer Recht an (Art. 61 Abs. 1 IPRG). Haben die Ehegatten indessen eine gemeinsame ausländische Staatsangehörigkeit und hat nur einer von ihnen Wohnsitz in der Schweiz, so ist das entsprechende gemeinsame Heimatrecht anzuwenden (Art. 61 Abs. 2 IPRG). Lebt z.B. ein deutsches scheidungswilliges Ehepaar in der Schweiz, so wendet das zuständige Schweizer Gericht bei der Frage nach dem anwendbaren Recht das *schweizerische Kollisionsrecht*, also schweizerisches IPR, an und kommt damit (via Art. 61 Abs. 1 IPRG) zur Anwendung von schweizerischem *materiellem* Recht, also ZGB.

Findet der Prozess dagegen in Deutschland statt, was aufgrund von Art. 3 Abs. 1 lit. b EuEheVO möglich ist, so wendet das deutsche Gericht bei der Frage nach dem anwendbaren Recht sein eigenes *Kollisionsrecht* an, in diesem Fall die EU-Verordnung zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts («Rom-III-Verordnung»), in der das Kollisionsrecht der Ehescheidung und Ehetrennung mit Wirkung ab Juni 2012 für eine Reihe von EU-Staaten (darunter auch Deutschland) vereinheitlicht worden ist. Nach deren Art. 5 haben die Parteien in beschränktem Umfang das Recht zur Wahl des anwendbaren materiellen Rechts (Rechtswahl); in Ermangelung einer solchen gilt nach Art. 8 lit. a Rom-III-Verordnung primär das Recht des Staates, in dem die Ehegatten zum Zeitpunkt der Anrufung des Gerichts ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Auf Grundlage dieser Bestimmung hätte (auch) ein deutsches Gericht, das über die Scheidung der Ehe eines deutschen Ehepaares mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz zu entscheiden hätte, auf die Scheidung schweizerisches Recht anzuwenden; das Ehepaar könnte aber etwa auch die Anwendung deutschen Rechts vereinbaren (Art. 5 Abs. 1 lit. c Rom-III-Verordnung).

Da es insoweit wichtige Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen geben kann, kann es für die klagende Partei sinnvoll sein, die Frage zu stellen, in welchem möglichen Gerichtsstand sie bei konkurrierender Zuständigkeit mit Blick auf das materielle Recht ein «besseres Ergebnis» bekommt. Das ist das Phänomen des sogenannten «forum shopping», das wir noch näher kennen lernen werden (> § 3 II 3 a).

Also: Es ist immer zuerst zu prüfen, ob überhaupt ein schweizerisches Gericht zuständig ist. Wenn ja, ergibt sich das anwendbare materielle Recht aus dem schweizerischen Kollisionsrecht, also dem IPRG (oder aus Staatsverträgen).

Zwar wird das IZPR häufig (fälschlicherweise) als ein Teilgebiet des IPR angesehen. Daraus erklärt sich auch, dass man in allen Lehrbüchern des IPR auch zumindest einen Abschnitt über das internationale Zivilprozessrecht findet. Das IZPR ist aber genauso wenig Teilgebiet des IPR wie die Zivilprozessordnung ein Teil des ZGB ist. Immerhin besteht ein enger Zusammenhang zwischen IZPR und IPR, wie er auch im IPRG (das Normen für beide Rechtsgebiete enthält) zum Ausdruck kommt: Es gibt spezielle internationalzivilprozessrechtliche Bestimmungen im IPRG (Artt. 2–11c und in den einzelnen Sachgebieten). In den einzelnen Sachgebieten ist regelmässig unter I. zunächst die «Zuständigkeit» geregelt (also IZPR), bevor dann unter II. das «anwendbare Recht» folgt (also IPR).

Das IPR arbeitet, wie wir gesagt haben, mit Kollisionsnormen; das **IZPR** wird weitgehend von der **lex fori** beherrscht, d.h. jeder Richter wendet sein eigenes Verfahrensrecht an. Von diesem letzteren Grundsatz gibt es allerdings Ausnahmen. Vgl. etwa Art. 11a IPRG: Rechtshilfehandlungen zugunsten ausländischer Gerichte werden in der Schweiz nach schweizerischem Recht durchgeführt. Allerdings gibt es nach Abs. 2 die Möglichkeit, auf entsprechendes Begehren der ersuchenden Behörde auch ausländische Verfahrensformen anzuwenden oder zu berücksichtigen, wenn es dafür wichtige Gründe gibt. Also kann etwa auf Ersuchen der ausländischen Behörde ein hier zu vernehmender Zeuge nach seiner Aussage vereidigt werden, auch wenn das schweizerische Recht eine solche Vereidigung nicht vorsieht.

3. Entwicklungstendenzen im IZPR

Oben (**< 1 a**) hatten wir gesagt, die Regelungen des IZPR seien nationales Recht. Die Globalisierung des Rechts hat aber auch das internationale Zivilprozessrecht nicht verschont, begann doch vor gut hundert Jahren ein schleicher Prozess der echten Internationalisierung des «internationalen» Prozessrechts. Heute hat dieser Prozess eine Dynamik erreicht, die es einem Aussenstehenden kaum noch ermöglicht, den Überblick über alle Entwicklungen zu haben⁵.

5 Für einen Überblick siehe etwa G. WALTER/F. WALTHER, International Litigation, und F. WALTHER, Die Schweiz und das europäische Zivilprozessrecht – quo vadis?, ZSR 2005 II S. 301 ff. Zur Entwicklung in der EU vgl. umfassend HESS, Europäisches Zivilprozessrecht, §§ 6 ff.

a) *Regionalisierungstendenzen*

In nahezu allen grösseren Wirtschaftsregionen sind Bewegungen in Richtung gänzlicher oder zumindest partieller Harmonisierung oder Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts im Gang. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen bereits seit längerer Zeit auf Stufe Bund über eine einheitliche Verfahrensordnung. Zu nennen sind weiter etwa das Mercosur-Abkommen von 1998 über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Handelssachen, das Mercosur-Protokoll von Buenos Aires von 1994, in dem die Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay die direkte internationale Zuständigkeit der Gerichte unter sich geregelt haben, oder das Protokoll von Las Lenas von 1992, in dem die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung vereinheitlicht worden ist. Ein weiteres Beispiel ist der Ibero-Amerikanische Entwurf für eine Modell-ZPO⁶. Im NAFTA-Wirtschaftsraum wurden unter der Ägide des American Law Institute im Rahmen des *Transnational Insolvency Project* sog. *Principles of Cooperation Among the NAFTA Countries* betreffend multilaterale Insolvenzfälle ausgearbeitet. Und die OHADA, die *Organisation pour L'Harmonisation en Afrique du Droit des Affaires*, verabschiedete im April 1998 den *Acte uniforme portant organisation des procédures collectives d'apurement du passif*.

Auch auf europäischer Ebene ist seit vielen Jahren ein eindeutiger und immer umfassender werdender Trend zur *Europäisierung des Zivilprozessrechts* ersichtlich (siehe zur früheren Entwicklung die Voraufgaben). Die zukünftigen Entwicklungen sind vorab aus dem vom Europäischen Rat im Dezember 2009 in Brüssel abgenommenen «Stockholmer Programm»⁷ ersichtlich. Dieses Nachfolgewerk des «Haager Programms»⁸ setzt die Prioritäten für die Weiterentwicklung des europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bis 2014. In der Folge verabschiedete der Rat am 20.4.2010 einen Aktionsplan, der den Rahmen bildet für die Arbeit der Kommission und des Rates in den Jahren 2010–2014⁹. In diesem Aktionsplan sowie im Arbeitsprogramm der Kommission für 2012 vom 15.11.2011¹⁰ sind u. a. die folgenden geplanten Initiativen auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts aufgelistet:

6 Siehe dazu J. BARBOSA MOREIRA, *Le code-modèle de procédure civile pour l'Amérique latine de l'Institut Ibero-américain de Droit Processuel*, ZZPInt 1998, S. 437 ff.

7 S. ABl. Nr. C 115/1 vom 4.5.2010, S. 1 ff.

8 S. ABl. Nr. C 53 vom 3.3.2005, S. 1 ff.

9 Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms vom 20.4.2010, KOM(2010) 171 endg.

10 Arbeitsprogramm der Kommission für 2012 vom 15.11.2011, KOM(2011) 777 endg.

Initiativen für 2012–2014:

- Gegenseitige Anerkennung zivilrechtlicher Schriftstücke: (1) Gegenseitige Anerkennung der Wirkung bestimmter Personenstandsurkunden, (2) Verzicht auf Formalitäten für die Legalisation von Urkunden im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten
- EU-Rahmen für kollektive Rechtsbehelfe
- Alternative Streitbeilegungsverfahren für Streitigkeiten zwischen Unternehmen
- Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung
- Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten
- Grünbuch über Mindestnormen für Zivilverfahren und erforderliche Folgemaßnahmen
- Verbesserung der Kohärenz der EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts

Folgende Vorschläge für EU-Rechtsakte auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts liegen bereits vor:

- Vorschlag für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen im Bereich des Ehegüterrechts vom 16.3.2011, KOM(2011) 126
- Vorschlag für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen im Bereich des Güterrechts eingetragener Partnerschaften vom 16.3.2011, KOM(2011) 127
- Vorschlag für eine Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen vom 18.5.2011, KOM(2011) 276 (betreffend Maßnahmen des Opferschutzes vor Straftätern, z.B. Kontaktverbote)
- Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen vom 25.7.2011, KOM(2011) 445
- Vorschlag für eine Verordnung über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten vom 29.11.2011, KOM(2011) 794
- Vorschlag für eine Richtlinie über die alternative Streitbeilegung in verbraucherrechtlichen Streitigkeiten vom 29.11.2011, KOM(2011) 793

- Vorschlag für eine Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 14.12.2010, KOM(2010) 748 (Kommissionsentwurf für die Neufassung der EuGVVO) sowie Vorschlag für eine Kompromissfassung, Ratsdokument vom 1. Juni 2012, 10609/12 ADD 1
- Grünbuch zur effizienteren Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in der Europäischen Union: Transparenz des Schuldnervermögens vom 6.3.2008, KOM(2008) 128
- Grünbuch über kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher vom 27.11.2008, KOM(2008) 794
- Grünbuch: Weniger Verwaltungsaufwand für EU-Bürger: Den freien Verkehr öffentlicher Urkunden und die Anerkennung der Rechtswirkungen von Personenstandsunterlagen erleichtern vom 14.12.2010, KOM(2010) 747

Nachfolgend einige der in jüngerer Zeit auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts ergangenen EU-Rechtsakte:

- Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen vom 28.5.2001 (EuBVO)
- Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 vom 27.11.2003 (EuEheVO; «Brüssel IIa»)
- Verordnung (EG) Nr. 805/2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen vom 21.4.2004 (EuVTVO)
- Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens vom 12.12.2006 (EuMahnVO)
- Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen vom 11.7.2007 (EuBagatellVO)
- Verordnung (EG) 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der VO 1348/2000 vom 13.11.2007 (EuZVO)
- Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses vom 7.6.2012

- Verordnung (EG) Nr. 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen vom 18.12.2008 (EuUnthVO)
- Richtlinie 2008/52/EG über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen vom 21.5.2008
- Richtlinie 2009/22/EG über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen vom 23.4.2009

b) *Internationalisierung des Prozessrechts*

Aber nicht nur auf regionaler Ebene finden wir zunehmende Bemühungen für eine Angleichung oder sogar Vereinheitlichung des Prozessrechts, sondern auch auf weltweiter Ebene. Vorab zu nennen sind die bisher zum Teil sehr fruchtbaren Bemühungen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht. So ist die Schweiz etwa seit dem 1. Januar 1995 Mitglied der drei Haager Übereinkommen betreffend Zustellung, Beweisaufnahme und Zugang zur Rechtspflege. Anlässlich der 20. Session der Konferenz wurde das Projekt einer *Hague Convention on Choice of Court Agreements* diskutiert, welche in der Folge am 30. Juni 2005 angenommen wurde. Der Erfolg dieses Übereinkommens, bei dem es sich um ein bescheidenes Überbleibsel eines viel ehrgeizigeren Projekts eines «weltweiten» Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommens handelt, hält sich bisher allerdings in Grenzen: Es wurde zwar von der EU und den USA unterzeichnet, bisher aber erst von einem Staat (Mexiko) ratifiziert; es ist daher noch nicht in Kraft getreten. Am 23. November 2007 wurde ferner die *Hague Convention on the International Recovery of Child Support and other Forms of Family Maintenance* angenommen; auch dieses Übereinkommen ist allerdings noch nicht in Kraft getreten, weil die erforderlichen zwei Ratifikationen noch nicht vorliegen (es wurde bislang nur von Norwegen ratifiziert).

Zu nennen ist ferner das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (sog. *TRIPS-Abkommen*¹¹), welches im Rahmen der WTO ausgearbeitet wurde, sowie die «*United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property*», welche im Jahre 2004 durch die UNO verabschiedet worden ist.

Nicht zu vergessen sind zudem die Arbeiten der UNCITRAL auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit, allen voran das New Yorker Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche¹²,

11 Anhang 1C des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation von 1994 (SR 0.632.20).

12 SR 0.277.12.

aber auch die *Arbitration Rules* von 1976 (überarbeitet 2010), das *Model Law on International Commercial Arbitration* von 1985 (überarbeitet 2006) sowie das *Model Law on International Commercial Conciliation* von 2002¹³.

Verschiedentlich bemühen sich auch private oder halbprivate Initiativen um die Vereinheitlichung oder Annäherung des (internationalen) Zivilprozessrechts. Hier sind etwa die Arbeiten des (ehemaligen) Komitees für internationales Zivilprozessrecht sowie des Komitees für internationales Zivilprozessrecht und öffentliche Interessen der *International Law Association* (ILA) zu erwähnen. Mit der Erarbeitung verschiedener *Principles* und *Guidelines* wurde versucht, allgemein gültige Grundsätze bspw. für den einstweiligen Rechtsschutz (*Helsinki-Principles*¹⁴), für die Forumsverschliessung und -verweisung (declining and referring jurisdiction; sog. *Leuven/London-Principles*), hinsichtlich der Zuständigkeit betreffend Gesellschaften (sog. *Paris/New Delhi-Principles*) oder für die Handhabung grenzüberschreitender Gruppenverfahren (*Paris/Rio de Janeiro Guidelines of Best Practices on Transnational Group Actions*) zu erarbeiten.

Ein weiteres bekanntes Projekt sind die 2004 verabschiedeten sog. «*ALI/UNIDROIT Principles of Transnational Civil Procedure*», ein Ergebnis umfangreicher gemeinsamer Vorarbeiten von UNIDROIT und American Law Institute (ALI). Dieses sehr ehrgeizige Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, eine Art Modellregeln für internationale Verfahren bereitzustellen; dabei stand insbesondere die Überbrückung von Divergenzen zwischen unterschiedlichen Prozessrechtssystemen, namentlich zwischen der US-amerikanischen und der europäischen Herangehensweise, im Mittelpunkt¹⁵.

c) Bedeutung für die Schweiz

Die Zukunft des Zivilprozessrechts wird aus einem immer dichter und komplexer werdenden *Netzwerk* von bilateralen und multilateralen Staatsverträgen, Modellgesetzen, Principles, Rules, Empfehlungen usw. bestehen und von einem entsprechenden Prozess gegenseitiger Inspiration geprägt sein. Gerade die weltweiten Projekte z.B. der Haager Konferenz, von UNIDROIT oder von UNCITRAL zeigen, dass nationales und internationales Zivilprozessrecht nicht mehr rein nationale Domänen sind, sondern sich ständig gegenseitig beeinflussen und sich dadurch auch fort- und weiterentwickeln. Auf lange Sicht kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass es so zu einer Art *indirekter* Angleichung und evtl. Vereinheitlichung auch auf weltweiter Ebene kommen wird.

13 Siehe dazu und zur Streitschlichtung WALTER, Schlichtervertrag, S. 439 ff.

14 Siehe dazu WALTER, Interim Measures, S. 469 ff.

15 Siehe dazu etwa WALTER/BAUMGARTNER, Utility, S. 463 ff.; WALTER/BAUMGARTNER, Prospects, S. 477 ff.